



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

18. Stadtratsprotokoll / 18^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 15. Dezember 2021, 18.00 Uhr

Séance du mercredi 15 décembre 2021 à 18h00

Ort: Kongresshaus Biel, Konzertsaal

Lieu: Palais des Congrès, salle de concert

Anwesend / Présents:

Akamba Fréderica, Augsburger-Brom Dana, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechele Dennis, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Cuixeres Manon, Daum Lea-Janka, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gurtner-Oesch Sandra, Halter Marisa, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Liechti Kathleen, Loderer Benedikt, Moeschler Marie, Molina Franziska, Morandi Marcel, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rodriguez Ugolini Julian, Roth Myriam, Rüber Stefan, Schaffter Gaël, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stettler Urs, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Trafelet Salome, van der Meer Marion, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Rindlisbacher Hugo

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Wiesendanger Eva, stv. Ratssekretärin

217. Wahl eines Ersatzstimmenzählers / einer Ersatzstimmenzählerin für Hugo Rindlisbacher.....	611
218. Genehmigung der Traktandenliste	612
219. Mitteilungen Stadtratsbüro	612
220. 20170311 Vereinbarung über einen Landabtausch mit Wertausgleich mit dem Kanton Bern / Verpflichtungskredit	612
221. 20210300 Erwerb Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 / Verpflichtungskredit / Botschaft.....	614
• Botschaft.....	616
222. 20160035 Einwohner- und Spezialdienste / Stellenschaffungen / Nachkredit zum Budget 2022.....	618
223. 20210305 Leistungsvertrag mit dem Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag mit dem Tierschutzverein Biel/Bienne – Seeland – Jura bernois / Leistungsvertrag mit der Stiftung Schwanenkolonie / Verpflichtungskredite ...	621
224. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210365, Bohnenblust Peter, Fraktion FDP, «Wo ist die Berichterstattung über die elektronische Dokumentenverwaltung (eDOC) an den Stadtrat?».....	625
225. Postulat 20210151, Van der Meer Marion, Grüne, «Sichere Schulwege»	626
226. Dringliches überparteiliches Postulat 20210289, Tanner Anna, SP, Stolz Joseline, PSR, Rüber Stefan, Grüne, Sprenger Titus, PAS, «Erhöhung Einnahmen der Stadt Biel»	627
227. Überparteiliche Motion 20210174, Vouillamoz Naomi, Grüne, Briechle Dennis, GLP, Tennenbaum Ruth, PAS, Koller Levin, JUSO, Stolz Joseline, PSR, «Für eine individuelle Mobilität in Biel, die das Pariser Übereinkommen einhält»	629
228. Überparteiliche Motion 20210175, Tonon Ariane, Grüne, Roth Myriam, Grüne, Stolz Joseline, PSR, Moeschler Marie, PSR, Iseli Isabelle, Grüne, «Ungenügenden Zugang zu Menstruationsprodukten in Biel beenden»	634
229. Motion 20210173, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Die Expo-Brache endlich zum Leben erwecken»	636
230. Postulat 20210221, De Maddalena Daniela, Grüne, «Elektrofahrzeuge bei Schulbusersatz»	640
231. Interpellation 20210177, (Iseli Isabelle) Myriam Roth, Grüne, «Dachbegrünungen / Neuer Impuls für Biel»	642
232. Interpellation 20210178, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, «Biel unterstützt die Kulturwelt!»	642
233. Neueingänge.....	644

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Die Sitzung wurde vom aus Mitgliedern des Symphonieorchesters Biel-Solothurn bestehenden Quintett, eröffnet: an der Flöte Herr Beda Mast, an der Violine Herr Nazar Fadyuk und Frau Maria Tolck, an der Viola Herr Wolf-Dieter Gangl und am Kontrabass Herr Jim Vanderspar. Wir durften die wunderschöne Musik von Luigi Boccherini geniessen. Um während der Corona-Pause nicht unverrichteter Dinge zu Hause ausharren zu müssen, wurde das TOBS-Projekt «Stay home» gegründet. Es entstanden viele verschiedene Ensembles, die aus maximal fünf Mitgliedern bestehen durften. Diese Ensembles gaben viele kleine Konzerte in Biel und Solothurn sowie in anderen Subventionsgebieten: in Spitälern, Alterswohn- und Pflegeheimen, Behinderten- und Kinderheimen, in Quartieren sowie auf privaten Aussenräumen, damit die AnwohnerInnen auf ihren Balkonen zuhören konnten. Die Rückmeldungen waren durchwegs sehr positiv und erfreulich. Leider konnte uns das Quintett nicht wie geplant am jährlichen Stadtratsessen unterhalten. Jedoch hinsichtlich der momentan schwierigen Situation für die Kultur und meinem Anliegen, Ihnen ein wenig Weihnachtsstimmung zu überbringen, haben wir uns spontan für die heutige Vorstellung entschieden.

Weitere Verlierer der abgesagten Weihnachtsfeier sind das Restaurant der Stiftung Battenberg und natürlich auch ein bisschen wir selbst, da das Essen bereits zum zweiten Mal ausfällt. Deshalb finden Sie auf Ihrem Pult einen Gutschein vom Restaurant Battenberg, damit Sie sich in dem von Ihnen gewählten kleinen Kreis etwas gönnen können. So können wir einen schönen Abend geniessen und auch das Restaurant Battenberg wird nicht mit leeren Händen dastehen.

Ich freue mich, Lea Daum als neues Stadratsmitglied begrüssen zu können, sie ersetzt Gianna Strobel. Herzlich willkommen und viel Freude im neuen Amt!

Zur Information: Das Ratssekretariat wird vom 24. Dezember 2021 - 2. Januar 2022 geschlossen sein.

Ausserdem wird im Januar lediglich die Sitzung vom Donnerstag, 20.01.2022, stattfinden. Der Mittwochabend steht zu Ihrer freien Verfügung.

Es besteht immer noch Maskenpflicht, ausser am Rednerpult. Doch vor dem Einstieg in die offiziellen Traktanden tauchen wir nochmals ein in die Welt der schönen Musik...

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Von mir aus gesehen dürfte jede Sitzung so musikalisch beginnen...wir werden heute wie üblich gegen 20 Uhr eine Pause von einer Stunde einlegen.

Da Herr Rindlisbacher heute abwesend ist, wird Herr Zumstein als Ersatzstimmenzähler für den heutigen Abend zur Wahl vorgeschlagen.

217. Wahl eines Ersatzstimmenzählers / einer Ersatzstimmenzählerin für Hugo Rindlisbacher

Auf Vorschlag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird **Joël Zumstein, SVP, als Ersatzstimmenzähler gewählt.**

218. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

219. Mitteilungen Stadtratsbüro

Es bestehen keine Mitteilungen aus dem Stadtratsbüro.

220. 20170311 Vereinbarung über einen Landabtausch mit Wertausgleich mit dem Kanton Bern / Verpflichtungskredit

Zumstein Joël, GPK: Die Stadt Biel verkaufte dem Kanton Bern für den Ausbau der Autobahn im Bözingenfeld Land im Umfang von 142'000 m² und einem Gesamtpreis von CHF 13'152'860. Dazu wurde am 25.06.2001 eine Vereinbarung über den Abschluss der nachfolgenden Eigentumsübertragungen getroffen. In der Zwischenzeit wurde das «Buskonzept Biel 2020, Etappe 2», umgesetzt, was zu Veränderungen bezüglich der ursprünglichen Vereinbarung führte. Durch die Erschliessung des «Boulevard des Sports» und der «Fritz-Oppliger-Strasse» mussten die Eigentumsübertragungen überarbeitet werden. Das vorliegende Geschäft dient nun zur Bereinigung der Eigentumsübertragungen resp. -verhältnisse und führt zu einem Netto-Zufluss einer Landfläche von 9'649 m² zum Preis von CHF 3'838'380, die dem Kanton Bern bezahlt werden. Der bisherige Buchwert erhöht sich von CHF 22.5 Mio. auf CHF 25.6 Mio., die Buchwerte pro Quadratmeter dieser Landfläche bleiben gleich. Der Beschlussesentwurf dieses Geschäfts beinhaltet nicht nur den Verpflichtungskredit von CHF 3.8 Mio. für den Landabtausch mit dem Kanton, sondern auch den Verpflichtungskredit Nr. 22000.0211 in der Höhe von CHF 2.14 Mio. für den Landkauf ohne Busspur. Ausserdem im Entwurf enthalten ist der Verpflichtungskredit Nr. 56000.0322 «Buskonzept Biel 2020, Etappe 2» für den Kauf einer Fläche von 4'264 m² im Eigentum des Kantons (Biel-Gbbl. Nr. 11341 und Teilfläche von Biel-Gbbl. Nr. 11019) über den Betrag von CHF 1.7 Mio.. Die Konsequenzen bei einer Ablehnung dieses Geschäfts sind eine Verzögerung oder Verunmöglichung der Bebauung der Grundstücke. Ebenfalls könnten die Beiträge des Kantons und Bundes nicht eingefordert und das Projekt der neuen Busspur weder abgeschlossen noch abgerechnet werden.

Die GPK hat zudem noch ein paar offene Fragen mit der Direktion geklärt: im Bericht wird erwähnt, dass einige Landflächen zu einem Durchschnittspreis von CHF 107 pro Quadratmeter gehandelt werden und dies obwohl die Quadratmeterpreise immer CHF 250 oder CHF 400 betragen. Diese Differenz entsteht durch eine buchhalterische Abwicklung der Durchschnittspreise, bei welcher nur die geschuldeten Entschädigungen der übernommenen Landflächen bezahlt werden, also eine sogenannte «Nettozahlung» erfolgt. Ausserdem stellte sich die Frage, ob bei der Vereinbarung im Jahr 2001 Inflation oder Wertsteigerungen berücksichtigt resp. vereinbart wurden, was jedoch nicht der Fall war.

Bei einer Ablehnung des Geschäfts müssten zudem mit dem Kanton neue Verhandlungen bezüglich der Eigentumsübertragungen geführt werden. Der Gemeinderat ist aber der Meinung, dass das Bestehende für alle Beteiligten am vorteilhaftesten ist und es sich dabei um eine faire Lösung handelt.

Das Fazit der GPK ist das Folgende: inhaltlich ist dieses Geschäft unbestritten und wir empfehlen die Annahme. Als formelle Anmerkung: der Bericht war aus unserer Sicht nicht sehr lesefreundlich. Die Informationen waren etwas zerstreut, in einem Punkt die Variantendiskussion und im anderen Punkt die Folgen bei Nichtumsetzung der Varianten, was dienlicher im Zusammenhang gewesen wäre. Als weiteres waren einzelne Beträge gerundet angegeben und andere nicht, was beim Addieren eine Differenz darstellte und nicht zum besseren Verständnis des Berichts beigetragen hat.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Das vorliegende Geschäft basiert auf einem Vertrag aus dem letzten Jahrtausend - genauer gesagt: dem Jahr 1999. Die Quadratmeterpreise sind dieselben wie beim damaligen Verkauf der Grundstücke an den Kanton. Ein grosser Teil der verkauften Landfläche wurde zur Realisierung des A5-Ostastes benötigt und die restliche Fläche besteht aus städtischem Strassenraum, Arrondierungen und kleinen unverbaubaren Grundstücken. Es sind aber immer noch interessante Parzellen vorhanden. Gemäss Finanzdirektion sind 70 % der Fläche wieder als Bauland verfügbar. Somit hat die Stadt erneut Potential für eigene Bauvorhaben, wie z. B. neue Industrie- oder Dienstleistungsgebäude. Diese Landflächen sollten nicht wieder verkauft, sondern im Baurecht abgegeben werden, jedoch müssten die aktuellen Preise dazu neu berechnet und die Vorgaben für tiefere Treibhausemissionen verlangt werden. Auch wenn 30% vom Bauland nicht genutzt werden kann oder als Strassenraum ausgeschieden ist, ist der Vertrag für die Stadt Biel vorteilhaft. Die Fraktion SP/JUSO wird dem Geschäft zustimmen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je tiens tout d'abord à remercier le porte-parole de la Commission de gestion (CDG) pour la très bonne présentation de cette affaire. Elle peut, à priori, sembler extrêmement complexe en raison du grand nombre d'arrondissements, mutations, remaniements et servitudes. Nous avons essayé de faciliter au mieux la lecture du dossier en joignant bon nombre de croquis. Cette affaire est importante, car elle permet non seulement de régler de manière définitive les rapports de propriété dans les Champs-de-Boujean, mais permet également de réaliser la nouvelle voie de bus à la rue Fritz Oppliger. Les échanges fixés en 2001 ont été complétés par trois avenants et les transactions, qui aboutissent à la présente affaire, en découlent. Il est vrai de dire que cette affaire est plus une question de formalité. Le Parlement reste bien évidemment maître de sa décision par rapport à la demande du Conseil municipal. Je vous remercie d'accepter cette affaire.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme des Berichtes des Gemeinderates vom 27.10.2021 betreffend «Vereinbarung über einen Landabtausch mit Wertausgleich mit dem Kanton Bern / Verpflichtungskredit», gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. a und c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1) **unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

1. Die Verträge über den Landabtausch (Urschrift Nr. 6969 vom 22. Februar 2021 «Abschlussmutation A5 Bözingenfeld» und Urschrift Nr. 6970 vom 22. Februar 2021 «Grenzmutation Fritz-Oppliger-Strasse», Vereinbarung Landabtausch Bözingenfeld mit drei Nachträgen) mit einem Flächensaldo von 9'649 m² zu Gunsten der Stadt Biel und einem Guthaben zu Gunsten des Kantons Bern von CHF 3'838'830.00 werden genehmigt.
2. Er bewilligt für den Landerwerb gemäss vgt. Ziffer 1 ohne Busspur den Verpflichtungskredit Nr. 22000.0211 in der Höhe von CHF 2'140'000.00.
3. Er genehmigt den Kauf einer Fläche von 4'264 m² im Eigentum des Kantons (Biel-Gbbl. Nr. 11341 und Teilfläche von Biel-Gbbl. Nr. 11019) zu CHF 1'708'000.00 in das Verwaltungsvermögen zu Lasten des Verpflichtungskredites Nr. 56000.0322 «Buskonzept Biel 2020, Etappe 2».
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieser Beschlüsse beauftragt, insbesondere auch mit der erforderlichen finanztechnischen Abwicklung der Eigentumsübertragungen. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

221. 20210300 Erwerb Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 / Verpflichtungskredit / Botschaft

Sprenger Titus, GPK: Vorab danke ich der Finanzdirektion für die Zustellung der weiteren Unterlagen und die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen. Beim fraglichen Geschäft geht es um den Kauf des unbebauten Grundstücks Biel Grundbuchblatt Nr. 440 über 12'704 m² für einen Kaufpreis von CHF 12'068'800, zuzüglich den Kosten für Notar und Grundbuch von CHF 21'200. Die erwähnte Fläche macht diese Parzelle somit zu einem der grössten unbebauten Grundstück in der Stadt Biel. Es liegt in der Bauzone 4, Mischzone A, und grenzt unter anderem an die Henri-Dunant-Strasse und an den Sägefildweg sowie an die Industrie- und Arbeitszone Bözingenfeld, einem Entwicklungsschwerpunkt auf städtischem Gebiet. Es ist dadurch auch sehr gut erschlossen. Wie eine Untersuchung zeigte, sind untergründig keine Probleme mit Altlasten zu erwarten. Auch hinsichtlich Grundwasser deuten die Erfahrungen bei den umliegenden Bauten auf keine Probleme hin. Ein konkretes, längerfristiges Vorhaben für die fragliche Parzelle besteht zurzeit nicht. Die erwähnte Bau- und Nutzungszone lässt jedoch viele Möglichkeiten einer langfristigen Nutzung offen. Kurzfristig ist eine Zwischennutzung durch den Kanton Bern für Schulraum-Provisorien geplant. Diese Gespräche sind zwar schon weit fortgeschritten, benötigen aber noch etwas mehr Zeit. Sie sind auch der Grund, weshalb dieses Geschäft jetzt und unabhängig von einer möglichen Zwischennutzung durch den Kanton Bern durch Einräumung eines Baurechts vorgelegt wird. Der im Januar 2021 unterzeichnete Kaufvertrag sieht nämlich für die Verkäuferschaft ein Rücktrittsrecht vor, sollten die Stimmberechtigten dieses Geschäft nicht bis zum 31. März 2022 genehmigen. Im Auftrag der Stadt Biel hat das Zentrum für Immobilienbewertung (ZIBAG) eine Bewertung dieses Grundstücks vorgenommen und ist dabei zu einem Landwert von CHF 14.2 Mio. gelangt. Im Zuge der Verhandlungen konnte dieser Preis weiter auf die erwähnten rund CHF 12 Mio. gesenkt werden, woraus sich schliesslich ein Preis von CHF 950 pro m² ergibt. Die GPK erachtet dieses Geschäft unter diesen Voraussetzungen als sehr gut und beantragt daher die Annahme. Aufgrund des

Kaufpreises obliegt es der Genehmigung durch die Stimmberechtigten. Der GPK sind allerdings auch formelle Fehler sowohl im Beschlussesentwurf im Gemeinderatsbericht als auch in der Botschaft aufgefallen, sowie ein Verständnisproblem in der Botschaft. Die Botschaft wird anschliessend behandelt, weshalb ich auch erst dann darauf zurückkomme. Zum Beschlussesentwurf **stelle ich im Namen der GPK den folgenden Änderungsantrag** zu Punkt I, Ziffer 1:

Für den Erwerb des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 in das Finanzvermögen sowie die Notar- und Grundbuchgebühren wird der Verpflichtungskredit Nr. 22000.0216 in der Höhe von CHF 12'090'000.00 bewilligt. Le crédit d'engagement n° 22000.0216 d'un montant de 12 090 000 francs destiné à acheter la parcelle inscrite au registre foncier de Bienne sous le n° 440 et à payer les frais de notaire et de registre foncier est approuvé.

Wie erwähnt werde ich den gleichen Änderungsantrag bei der Botschaft stellen, damit Stadtrat und die Stimmberechtigten über den gleichen Beschlussesentwurf abstimmen.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Wer Land besitzt, der entscheidet, was mit der Landparzelle geschieht. Ob, was, wieso und wofür gebaut wird. Land besitzen bedeutet Entscheidungsgewalt und wenn die Stadt Land kauft, wird diese Entscheidungsgewalt an demokratische Hände übergeben. Die GemeinderätInnen, StadträtInnen und die Stimmberechtigten können dann darüber bestimmen, was mit einem «Stück» Stadt geschieht. Dies ist ein wichtiger Aspekt und deshalb unterstützt unsere Fraktion dieses Geschäft. Ein weiterer Pluspunkt ist aber auch, dass aus finanzieller Sicht ein Landkauf für die Stadt von Vorteil ist. Der Landbesitz bedeutet für Biel regelmässige Einnahmen, eine sogenannte «Bodenrente» und die Allgemeinheit kann davon profitieren. Investitionen in Landkauf amortisieren sich früher oder später und rechnen sich auch langfristig. Obwohl wir kurzfristig Geld «ausgeben», ist das vorliegende Geschäft gut für unser Budget. Es ist ein Glücksfall für die Stadt, dieses grosse Landstück kaufen zu können, eine Chance, die der Gemeinderat genutzt hat. Der Preis von CHF 950 pro m² ist nicht günstig, da dieses Land für eine Wohnnutzung geeignet ist und im Baurecht zu teureren Konditionen abgegeben werden kann. Für unsere Fraktion ist es wichtig, dass, falls die Landabgabe z. B. an Unternehmen erfolgt, der Preis zur Berechnung der Baurechtszinsen nicht unter CHF 950 liegen sollte. Wenn das Land jedoch für gemeinnützige Zwecke benützt wird, darf der Preis tiefer sein. Als Alternative zur Landabgabe kann die Stadt dieses selbst für den städtischen Wohnungsbau nutzen. Die zukünftige demokratisch legitimierte Vertretung wird entscheiden, was mit diesem Land geschehen soll. Die Fraktion SP/JUSO stimmt dem Geschäft zu und wird es der Bevölkerung zur Annahme empfehlen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Mais que rajouter, Madame la Présidente! Je remercie le porte-parole de la Commission de gestion (CDG) pour l'excellente présentation de cette seconde affaire relative à des terrains de la Ville de Bienne. Vous l'aurez compris, il s'agit d'une réelle opportunité. Je tiens également à remercier le travail du Département des immeubles, dont la négociation remarquable nous permet de vous proposer l'acquisition de ce terrain constructible, à ce prix-là.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag der GPK zu Punkt I, Ziffer 1 des Beschlussesentwurfs

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2021, gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit. a i.V.m. lit. c und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1):

Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Biel wird der folgende Gemeindebeschlusssentwurf zur Annahme empfohlen:

I.

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 15. Dezember 2021 betreffend «Erwerb Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 / Verpflichtungskredit», gestützt auf Art. 11, Ziffer 1, Buchstabe c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Für den Erwerb des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 in das Finanzvermögen wird der Verpflichtungskredit Nr. 22000.0216 in der Höhe von CHF 12'090'000.00 (inkl. Notar- und Grundbuchgebühren) bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

Botschaft

Sprengr Titus, GPK: In der Botschaft an die Stimmberechtigten haben sich vor allem einige formelle Fehler eingeschlichen. Die Nicht-Erwähnung des Betrags von CHF 21'200 für die Notar- und Grundbuchkosten, kann bei Nennung des Betrags für den Kauf und den Verpflichtungskredits, welcher ebenfalls die Kosten für Notar und Grundbuch enthält, bei den Stimmberechtigten zu Verunsicherung und Verwirrung führen. Im Namen der GPK **stelle ich somit die folgenden Änderungsanträge:**

1. In Ziffer 1 der Botschaft sollen im zweiten Absatz nach der Nennung des Kaufpreises auch die Notar- und Grundbuchgebühren hinsichtlich Betrag genannt werden, also die CHF 21'200.
2. In Ziffer 2 soll ergänzt werden, dass im genannten Betrag auch die Notar- und Grundbuchgebühren enthalten sind.
3. In Ziffer 4 der Botschaft soll noch die zuständige Direktion im letzten Satz eingesetzt werden, also die Finanzdirektion.
4. In Ziffer 6 ist der Beschlussesentwurf anzupassen, namentlich auch hier durch Erwähnung, wonach darin die Notar- und Grundbuchgebühren enthalten sind. Die Abstimmungsfrage hinsichtlich Betrag ist anzupassen, dieser soll CHF 12'090'000 lauten.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: Unsere Fraktion hat dem Geschäft zugestimmt und unterstützt dieses. Wir **stellen jedoch den Änderungsantrag**, auf Seite 6 der Botschaft den Satz «*Der Kauf des Grundstücks wird finanziert durch die Aufnahme von*

zusätzlichen Fremdmitteln» am Schluss des Texts einzufügen. Es ist eine wichtige Information an die Stimmberechtigten, um klar zu signalisieren, wie das Geschäft finanziert wird.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je souhaiterais m'exprimer sur ces deux demandes, en premier lieu sur celle de Monsieur Briechle. Effectivement, cette demande peut se justifier dans le cadre des réflexions menées de manière globale dans le projet «Substance 2030», mais elle reste, de l'avis du Conseil municipal, difficilement compréhensible pour la population dans le cadre d'une affaire en particulier, comme c'est le cas ici. Il s'ajoute à cela que cet objet sera attribué au patrimoine financier de la Ville et ne sera pas soumis aux contraintes du patrimoine administratif, à savoir aux amortissements. Les frais d'intérêts ne sont, quant à eux, pas fixes. Variables, les taux se montent actuellement à environ 1.59%. Pour compliquer la chose mais être totalement correct, on pourrait également calculer la rente de droit de superficie et en informer la population. C'est un objet sur lequel on va revenir, mais il serait possible d'en déduire les frais relevant des intérêts et montrer ainsi un résultat positif. C'est pour cette raison que le Conseil municipal vous recommande de ne pas accepter la proposition de Monsieur Briechle.

Par contre, je remercie le porte-parole de la Commission de gestion (CDG) quant à ses remarques et propositions. En effet, le message doit être corrigé dans ce sens.

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: In der Botschaft auf Seite 6 wird ausgeführt, dass dies ein Grundstück für das Finanzvermögen ist und im letzten Satz auch, dass es eine Finanzanlage ist. Und eben eine Anlage, welche zur Generierung von finanziellen Mitteln führt, weshalb auch der andere Aspekt dargestellt werden sollte.

Abstimmungen

- über die Änderungsanträge der GPK der Ziffern 1, 2, 4 und 6 der Botschaft

Die Anträge werden angenommen.

- über den Änderungsantrag der Fraktion GLP+ um Ergänzung des Textes *«Der Kauf des Grundstücks wird finanziert durch die Aufnahme von zusätzlichen Fremdmitteln»* in Punkt 3 der Botschaft

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2021, gestützt auf Art. 11 Abs. 1 lit. a i.V.m. lit. c und Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1):

Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Biel wird der folgende Gemeindebeschlussentwurf zur Annahme empfohlen:

I.

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 15. Dezember 2021 betreffend «Erwerb Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 /

Verpflichtungskredit», gestützt auf Art. 11, Ziffer 1, Buchstabe c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) beschliesst:

1. Für den Erwerb des Grundstückes Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 in das Finanzvermögen wird der Verpflichtungskredit Nr. 22000.0216 in der Höhe von CHF 12'090'000.00 (inkl. Notar- und Grundbuchgebühren) bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

II.

Der Entwurf für die Botschaft an die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Biel betreffend «Erwerb Grundstück Biel-Grundbuchblatt Nr. 440 / Verpflichtungskredit» wird **mit Änderungen** genehmigt.

222. 20160035 Einwohner- und Spezialdienste / Stellenschaffungen / Nachkredit zum Budget 2022

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Zum Bericht des Gemeinderates folgender Hinweis: die Punkte 1, 2 und 4 sind gegenstandslos, da bei der Budgetdebatte die Aufnahme der entsprechenden Mittel für die DSS bereits erfolgt ist. Somit geht es um Punkt 3, den Antrag, die dringliche überparteiliche Motion 20210045, «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen» als erfüllt abzuschreiben.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: La Présidente du Conseil de ville l'a déjà dit, mais je le répète pour les francophones étant donné que c'est assez inhabituel. Le rapport que vous avez reçu comportait trois points dans le projet d'arrêté. Le premier et le deuxième points demandaient un crédit supplémentaire d'engagement pour trois postes provisoires à partir de l'année 2022, à ajouter au budget. Comme nous les avons déjà votés en septembre avec le budget, ces points sont sans objet et nous n'en discutons pas ce soir. Madame la Présidente et moi-même avons reçu un courrier nous avisant de ce fait lors de la séance du Conseil de ville du 18 novembre 2021. Le Conseil municipal n'a pas retiré l'affaire et nous a demandé de changer le projet d'arrêté.

Ce rapport est uniquement destiné à réaliser la motion susmentionnée, adoptée en son temps par le Conseil de ville. Cette motion demandait une amélioration des processus au sein du secteur migrations du Service des habitants, afin d'assurer le «daily business» pour réduire et éliminer le retard dans le traitement des dossiers des prolongations d'autorisations de séjour. Ces retards sont notamment dus à des changements de législation au niveau supérieur. De nouveaux processus sont à effectuer et le personnel n'y arrivait tout simplement pas. Or, ce rapport précise que 300% de postes sont créés dans le budget 2022 et que ceux-ci sont en fait la prolongation de 270% de postes qui existaient déjà, de manière provisoire. Le rapport dit aussi que ces 270% de postes n'ont pas servi à éliminer le retard, mais uniquement à assurer les nouvelles tâches dans les dossiers et à rester à jour dans le travail quotidien. Un retard de 1'000 dossiers perdure. Dans son rapport, le Conseil municipal précise qu'il a déjà voté un crédit d'engagement pour un mandat externe à une personne qui pourra rattraper ce retard. Bien qu'externe à la Ville, la personne

mandatée est la responsable actuelle du Secteur migrations, qui part en retraite. Elle peut directement travailler sans formation. Le rapport mentionne une numérisation accrue, qui serait nécessaire pour éliminer le retard et améliorer les processus.

La Commission de gestion (CDG) espère avoir des informations à ce sujet par la suite, afin de savoir comment la Ville prend en main ce dossier et de s'assurer qu'il n'y a pas de retard inacceptable dans le traitement des dossiers. Pour rassurer les motionnaires qui ne font pas partie de la CDG, je peux préciser que nous suivons ce dossier dans le cadre de nos tâches de haute surveillance parlementaire et que nous continuerons à voir comment se déroule la numérisation de ce secteur. La CDG vous propose d'adopter le seul point qui reste au projet d'arrêté (point 3) et de biffer les deux autres points qui ne sont plus actuels.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Besten Dank an meine Vorrednerin Frau Pittet für die einleitenden Worte, sie hat bereits einige wichtige Punkte vorweggenommen. Ich werde also nicht mehr auf die beiden ersten Punkte eingehen, sondern nur zum Inhalt der Motion, nämlich zu den ursprünglichen vier Punkten. Als erstes ein grosses Dankeschön an die Einwohnerdienste, die Migration, die Direktion und den Gemeinderat sowie die Betroffenen, die den Mut hatten, Ihre Erlebnisse zu erzählen, und an die Fachkräfte, die Ihr Anliegen für Veränderung offen legten. Diese gute Zusammenarbeit hat schlussendlich dazu geführt, dass zusätzliche Massnahmen ergriffen und Stellen bewilligt werden konnten. Die Motionärinnen haben sich ausgetauscht und sind zum Schluss gekommen, die Punkte 1, 2 und 4 aufrechtzuerhalten und Punkt 3 als erfüllt abzuschreiben. In Punkt 1 wird ein Register gefordert, aber wie Frau Pittet bereits erwähnte, hinkt die Digitalisierung in der gesamten Stadtverwaltung noch etwas hinterher, diese Angelegenheit betrifft also nicht nur die Einwohnerdienste. Die Stadt Biel benötigt eine Verbesserung, weshalb wir diesen Punkt im Auge behalten wollen. Bezüglich Punkt 2 und den Stellenerhöhungen haben wir festgestellt, dass immer noch 1'000 Dossiers hängig sind. Die betroffenen Personen haben es verdient, dass wir Interesse an der Bearbeitung dieser Dossiers zeigen und aus diesem Grund müssen wir auch diesen Punkt aufrechterhalten, auch um kontrollieren zu können, ob die ergriffenen Massnahmen genügen. Die Statistiken betreffend Punkt 3 sind erledigt und können somit abgeschrieben werden, dennoch wäre es sinnvoll, vom Gemeinderat im neuen Jahr einen Bericht zu verlangen. Bezüglich Punkt 4 erklärt der Gemeinderat, dass dieser bereits umgesetzt werde, jedoch sind uns zahlreiche Beispiele bekannt, bei welchen dies nicht erfolgte. Meines Erachtens ist es normal und es wird auch bereits an vielen Stellen so gehandhabt, dass bei Verzögerungen ein Schreiben automatisch generiert wird. Für die Betroffenen ist ein solcher Brief enorm wichtig, um bestimmte Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können, wie z. B. einen Mietvertrag zu erhalten. Es ist uns bewusst, dass die Einwohner- und Spezialdienste (ESD) und die Direktion aufgrund der Gesetzesänderungen viele neue Herausforderungen zu bewältigen hat und ihnen der Dank vom Stadtrat weitergeleitet wird.

Scherrer Jürg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen wird alle Punkte abschreiben, da der Gemeinderat ausreichend dargelegt hat, wie das Problem der Verzögerung bei den Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligungen gelöst wird. Es werden dazu alle Ressourcen dieser Abteilung benötigt und durch jeden Vorstoss, der nicht abgeschrieben wird, entstehen wieder Verwaltungskosten. Es ist nun angebracht, Geld zu sparen und Lösungen zu finden, und nicht die Verwaltung erneut mit unnötigen Berichten zu beschäftigen. Die Motionärinnen können für die

benötigten Informationen und den Stand der Dinge in einem Jahr direkt bei der Abteilung nachfragen.

Cadetg Leonhard, Fraktion FDP: Unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass alle Punkte abgeschrieben werden sollen, die Anstrengungen des Gemeinderats sind ersichtlich, aber wir möchten noch eine Angabe über die Fristen der Umsetzung. Der gesamte Gemeinderat übernimmt diese Verantwortung und wir vertrauen ihm für die weiteren Schritte. Es ist wichtig, nun an der Lösung dranzubleiben, was für dieses Anliegen von grosser Bedeutung ist.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Besten Dank an die GPK für die gute Erklärung sowie Darlegung des Geschäfts. Allerbesten Dank an Frau Tanner für die geleistete und die noch anstehende Arbeit in den Einwohner- und Spezialdiensten. Es berührt mich, dass auf der einen Seite zwar festgestellt wird, dass ein Problem besteht, welches Lösungen und Veränderungen erfordert, aber trotzdem gleichzeitig das bereits Geleistete verdankt wird. Gerne gebe ich Ihren Dank an die MitarbeiterInnen der Verwaltung weiter, das ist selbstverständlich. Vor allem die ESD hat sehr vielen Kundenkontakt - vielleicht am meisten in der Stadtverwaltung - nicht immer den nettesten oder nur erfreulichen Kontakt, umso wichtiger ist Ihr Dankeschön. Auch dem Gemeinderat ist es ein Anliegen, diesen Weg der Verbesserung zusammen mit dem Parlament zu gehen, ein kontinuierlicher Weg der Veränderungen, wie sich bereits in der Vergangenheit gezeigt hat. Wie von Frau Tanner erwähnt, wurde bezüglich Stand der EDV-Dienstleistung eine externe Analyse erstellt, welche aufzeigt, dass diesbezüglich noch Handlungsbedarf besteht. Deshalb werden in diesem Bereich nun fortlaufend Verbesserungen vorgenommen und die Dienstleistungen für die EinwohnerInnen digitalisiert. Der vom Parlament vor ca. zwei Jahren gesprochene Kredit für den Ersatz der SAP-Software durch eine neue Software hat viel zur Effizienzsteigerung beigetragen. Wie Sie sicher heute den Medien entnehmen konnten, stehen zur Zeit rund 1'000 Verlängerungen von Aufenthaltsbewilligungen aus, dies ist ein hoher Pendenzenberg, aber der Gemeinderat hat die entsprechenden Mittel gesprochen und das Parlament hat zusätzlich die notwendigen Mittel bereits im Budget 2022 aufgenommen. Somit stehen die benötigten Ressourcen bereit, um unser Tagesgeschäft ohne weitere resp. zusätzliche Verzögerungen erledigen und die Pendenzen abbauen zu können. Obwohl der Pendenzenabbau zugegebenerweise noch ein paar Monate dauern wird, da er nicht unerheblich ist. Zu Ihrem Antrag der Nichtabschreibung des Vorstosses von drei Punkten ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieser Vorstoss nicht motionsfähig ist. Bezüglich der Automatisierung des Versands einer Bestätigung an die Personen, deren Aufenthaltsbewilligung zur Verlängerung hängig ist, klären wir zur Zeit ab, ob dies softwaretechnisch möglich ist und wo die Prioritäten für den Einsatz von Ressourcen stehen. Der Gemeinderat hat den Vorstoss als Postulat geprüft und die Anliegen aufgenommen, weshalb er die Abschreibung empfiehlt. Eine Verlängerung bringt den ESD nichts, da alle Punkte aufgenommen wurden. Falls später neue Anliegen und Fragen bestehen sollten, kann ein neuer Vorstoss eingereicht werden.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 22.09.2021, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1):

Für die Erfüllung der dringlichen überparteilichen Motion 20210045, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline PSR, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Roth Myriam, Grüne «Dringende Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen» wird für Punkt 1 (Erfassung von sämtlichen eingehenden Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen in einem Register), Punkt 2 (Sofortmassnahmen zur Sicherstellung der fristgerechten Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen) und Punkt 4 (Ausstellung einer Bestätigung über das hängige Verlängerungsverfahren bei Verspätungen von Amtes wegen) eine Fristverlängerung bis August 2022 gewährt. Punkt 3 (Berichterstattung in der Stadtratssitzung vom 8./9. September 2021) wird **als erfüllt abgeschrieben**.

223. 20210305 Leistungsvertrag mit dem Tierparkverein Biel / Leistungsvertrag mit dem Tierschutzverein Biel/Bienne – Seeland – Jura bernois / Leistungsvertrag mit der Stiftung Schwanenkolonie / Verpflichtungskredite

Scheuss Urs, GPK: Bei diesem Geschäft handelt es sich um drei Verpflichtungskredite für Leistungsverträge mit einer Dauer von vier Jahren. Für den Tierschutzverein handelt es sich um einen Verpflichtungskredit von CHF 360'000 resp. CHF 90'000 pro Jahr, für den Tierparkverein um CHF 480'000 resp. CHF 120'000 pro Jahr und für die Stiftung Schwanenkolonie um CHF 324'000 resp. CHF 81'000 pro Jahr. Die abgegoltenen Leistungen betreffen beim Tierschutzverein die Betreuung von Tierschutzfällen der Region, den Betrieb des Tierheims Rosel und der Beratung der Stadt in Tierschutzfragen. Beim Tierparkverein sind der Betrieb des Parks sowie der freie Eintritt in den Park abgegolten. Bei der Stiftung Schwanenkolonie ist damit der Betrieb der Schwanenkolonie, insbesondere als Auffang- und Pflegestation für Zier- und Wildvögel, gesichert. Die drei Organisationen sind mit den Leistungsverträgen einverstanden, sollte jedoch dieses Geschäft nicht umgesetzt, müsste die Stiftung Schwanenkolonie schliessen und die beiden anderen Organisationen andere Einnahmequellen akquirieren, was sie in eine schwierige Situation bringen würde. Im 2018 hat der Stadtrat zum ersten Mal Leistungsverträge in dieser Form verabschiedet, die aktuellen Verträge sind inhaltlich dieselben, womit es sich um eine Verlängerung der bestehenden Verträge resp. dem Beibehalten des Status quo handelt. Die GPK empfiehlt dieses Geschäft einstimmig zur Annahme, es ist nachvollziehbar dargelegt. Dennoch gab es in der GPK noch zwei Diskussionspunkte: zum einen sind in diesem Geschäft drei Verpflichtungskredite - sprich drei Geschäfte - zusammen verknüpft. Die Nachfrage bei der Direktion ergab, dass die drei Geschäfte nicht nur wegen der Tiere zusammenhängen, sondern auch deren Aufgaben sich überschneiden. Denn falls eine von ihnen eine Aufgabe nicht mehr leisten könnte, würde die Möglichkeit bestehen, dass eine andere diese übernimmt. In so einem Fall, wie wenn z. B. die Pflege von Zier- und Wildvögeln vom Tierschutz übernommen wird, müsste der Leistungsvertrag geändert werden, es besteht also eine Einheit der Materie. Der zweite Punkt betrifft eher generell die Leistungsverträge und die Art, wie diese kontrolliert werden. Bei anderen Verträgen bestehen sogenannte Leistungscontrolling-Blätter, mit welchen die einzelnen Leistungen kontrolliert werden. Bei diesen drei Geschäften genügt als Controlling die Einreichung der Jahresberichte und -rechnungen der Organisationen, da keine inhaltlichen Vorgaben bestehen. Die drei Organisationen unterscheiden sich in der Qualität der Unterlagen, es können jedoch jederzeit auch Gespräche zur

Kontrolle geführt werden. Da wie beim Tierschutzverein die Fachkompetenz bei der Organisation liegt und nicht bei der Stadt, fragt sich, wie kontrolliert werden kann. Das Leistungscontrolling ist ein immer wichtiger werdendes Instrument in der Erbringung von öffentlichen Leistungen. Die GPK hat aufgrund dieser Fragen eine Interpellation formuliert, welche heute eingereicht wird.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich bedanke mich bei den drei Organisationen, da sie eine sehr wichtige Aufgabe übernehmen, die wir bei Besuchen mit Kindern und Enkeln nur zum Teil wahrnehmen. Ihre Hauptaufgaben aber bestehen nicht aus der Volksunterhaltung, sondern sie pflegen und schützen die Tiere. Die Pandemie hat auch die Existenz dieser drei Organisationen bedroht. Das Tierheim Rosel sind die Pensionserträge für Hunde und Katzen um 50% gesunken, was einen grossen Verlust bedeutet und die Situation hat sich noch nicht wieder normalisiert. Sollte wieder vermehrt im Homeoffice gearbeitet werden, drohen weitere erneute Ertragsausfälle, weil die Besitzer ihre Tiere zu Hause betreuen können. Da das Tierheim Rosel auch eine Abgabestelle für «überdrüssige» Haustiere ist, die vor allem während der Pandemiezeit angeschafft wurden, ist es auch für die PflegerInnen nicht immer einfach. Glücklicherweise konnten immer wieder Hunde und Katzen vermittelt werden, aber die Tiere wurden trotzdem während der Pandemie ausgenutzt. Auch bei der Stiftung Schwanenkolonie sind die Spenden wegen der Pandemie, wie bei vielen anderen NGO's (Non-governmental organization), erheblich zurück gegangen. Für die KMU's war die Solidarität in der Stadt sehr hoch, es wurden viele Aktionen sowie Werbung organisiert, aber die Tiere blieben aussen vor. Es wäre schön - es ist Weihnachten - diesen Organisationen einen Betrag zu spenden. Wie bereits von Herrn Scheuss erwähnt, hat sich nicht viel an den Leistungsverträgen geändert. Trotzdem müssen wir zwingend darauf bestehen, dass diese Verträge über vier Jahre abgeschlossen werden, denn das bedeutet Planungssicherheit für diese kleinen Organisationen. Die Subventionen sichern nicht nur die Arbeitsplätze der Menschen, die sich mit kleinem Lohn aber grossem Herzen um die Tiere kümmern, sondern auch die Leben der Tiere. Umso wichtiger ist die Solidarität unserer Gesellschaft für eine langfristige Perspektive. Wie bereits erwähnt, sieht es so aus, als hätten die drei Organisationen dieselben Aufgaben, aber dem ist nicht so. Der Tierpark hat meines Wissens keinen tierschützerischen Auftrag und es wäre gut zu wissen, woher seine Tiere stammen. Denn Wildtiere gehören in die Freiheit und der Tierpark könnte sich tierschützerischer einsetzen, indem er verletzte Tiere und solche, die nicht mehr freigelassen werden können, pflegt und aufnimmt. Ich würde es sinnvoller finden, wenn der Tierpark nicht nur gesunde Tiere hält. Der Name der Stiftung Schwanenkolonie ist in dem Sinn verwirrend, das diese schon lange nicht mehr nur eine Schwanenkolonie ist, sondern eine Notaufnahme und Pflegestelle für Zier- und Wildvögel. Jedoch fehlen mir in diesem Konsens wiederum die Stadtauben, ein Thema, welches ich bereits in meiner Interpellation bezüglich der aufgehobenen Taubenschläge aufgenommen habe. Da sich jede einzelne der drei Organisationen mit knappen Ressourcen durchkämpfen muss, haben wir uns grundsätzlich Gedanken über eine mögliche Zusammenarbeit gemacht; ist es doch erschreckend zu hören, dass z. B. die Stiftung Schwanenkolonie ohne unseren Leistungsvertrag schliessen müsste. Deshalb ist auch die Interpellation der GPK bezüglich einem Controlling für so personell eng aufgestellte Organisationen eher unglücklich und fast nicht zu meistern. Manchmal bedarf es auch einer grosszügigeren Handhabung und dem Bewusstsein, dass diese kleinen Organisationen nicht das Geld zum Fenster rauswerfen und ihre Aufgaben mit Herzblut und Engagement erfüllen. Unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu und gibt den Tieren eine Stimme.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Ich versuche, mich kurz zu halten. Unsere Fraktion stimmt dem Geschäft zu. Den Ausführungen des Sprechers der GPK ist quasi nichts anzufügen, die Überschneidungen der Aufgaben der Organisationen sind - nicht nur, weil sie die Tiere betreffen - ersichtlich. Aus dem Bericht gehen aber auch die Unterschiede bei Aufwand und Umsatz sowie die verschiedenen Beiträge der Stadt Biel hervor, die bei der Stiftung Schwanenkolonie ausgeprägter sind. Ich werde nicht detaillierter auf die einzelnen Institutionen eingehen. Zu erwähnen ist, dass der Tierschutzverein von einer erfahrenen Präsidentin geführt wird, die auch den Verein gesamtschweizerisch präsidiert, der Tierpark von einem langjährigen Präsidenten mit feinem Gespür für die erhaltenen Legate und die Stiftung Schwanenkolonie, unserem Sorgenkind, von einem neuen Stiftungsrat. Diesem wünsche ich bei der nicht einfachen Aufgabe viel Glück. Beim Lesen der drei Leistungsaufträge ist mir aufgefallen, dass sich in dem der Stiftung Schwanenkolonie ein Fehler bezüglich des Datums des Entscheids über die Vertragsverlängerung eingeschlichen hat, dies nur als Hinweis.

van der Meer Marion, Fraktion Grüne: Pour notre groupe, il est clair que la Ville doit continuer à s'engager pour les organisations de protection des animaux. Le parc animalier de Boujean et la Colonie des Cygnes sont des organisations qui sont non seulement destinées aux animaux, mais qui servent aussi de lieux de rencontre importants, comme on a pu le constater durant la crise sanitaire. Nous approuvons donc le renouvellement des trois contrats de prestations pour quatre années supplémentaires, avec les crédits proposés. Les organisations ont ainsi la possibilité de planifier leurs activités les prochaines années avec une certaine sécurité comme l'a aussi mentionné Madame Clauss. Personnellement, je soutiens surtout le petit parc animalier de Boujean. Monsieur Habegger, le Président de l'Association du parc zoologique de Bienne, est présent ce soir. Ce parc nous fait découvrir des animaux de nos régions, dans leur environnement. Je pense que c'est très important, notamment pour les enfants. Cela nous montre en effet qu'il est inutile de faire de grands voyages pour voir des espèces très fascinantes. J'apprécie aussi la gratuité de ce parc, qui le rend ouvert à tout le monde. De manière générale, j'ai l'impression que ce parc est vraiment bien géré. Monsieur Habegger m'a confirmé l'importance de l'engagement financier de la Ville, notamment pour couvrir les salaires de son équipe. L'enclos du lynx ne donne plus une très bonne carte de visite, car c'est un animal très timide qui est actuellement très exposé aux visiteurs. L'équipe du parc animalier est consciente de cette situation et réfléchit à la possibilité de modifier l'enclos pour mieux l'adapter au besoin de cette espèce. Il est en outre question d'éventuellement accueillir un nouveau lynx, car le compagnon du lynx actuel est mort il y a trois ans, au bel âge de 25 ans. Pour ce faire, le Président a des contacts avec les spécialistes du «Dählhölzli» à Berne. L'alternative serait d'abriter le chat sauvage qui vit naturellement dans le Jura. Il sera cependant un peu moins spectaculaire aux yeux des enfants car il ressemble beaucoup à un chat ordinaire. Je vous recommande par ailleurs fortement de voir le film «Le lynx», de Laurent Geselin, qui sera projeté au cinéma dès fin janvier 2022 et qui montre des images spectaculaires de notre région.

Zusammenfassend: es ist uns allen ein Anliegen, die SteuerzahlerInnen in der Stadt Biel zu halten und dafür sind gemeinnützige Organisationen sehr wichtig, da sie auf emotionaler Ebene berühren und somit die BürgerInnen emotional an die Stadt binden. Auch die kleinen Organisationen leisten dazu ihren Beitrag und es wäre schade, wenn solche populären und gut vernetzten Institutionen nicht mehr weitergeführt werden könnten, auch weil uns ein Neuaufbau solcher Organisationen viel mehr Geld kosten würde. Die Fraktion Grüne unterstützt deshalb dieses Geschäft.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Je ne vais pas rajouter grand-chose car beaucoup a déjà été dit sur le sujet. Tout d'abord, le Groupe PSR remercie le Conseil municipal de son rapport. Après l'avoir étudié, notre groupe est arrivé à la conclusion que les trois contrats cités doivent être renouvelés pour plusieurs raisons. Ces trois institutions sont non seulement importantes pour la Ville, mais aussi pour la population. Ces institutions ont aussi un impact social, culturel, didactique et pédagogique. Les contrats proposés sont acceptés par les institutions respectives et leur non-reconduction aurait de lourdes conséquences. Il est aussi mentionné dans le rapport que ces montants sont prévus au budget 2022, qui a été accepté par la population. Des contrats de quatre ans permettent aux institutions de réaliser un budget prévisionnel et permettent à la Ville de réduire le travail de l'Administration. D'autres raisons pourraient encore être avancées et d'autres détails pourraient aussi être donnés, mais il me semble que beaucoup de choses ont déjà été dites. Notre groupe accepte le projet d'arrêté du Conseil municipal afin de renouveler pour quatre ans ces trois contrats de prestations. Je vous remercie d'en faire de même.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Il faut choisir entre le coeur et la raison dans ce dossier. C'est ce que j'ai dit à mes collègues de groupe, lundi passé. Je n'ai pas eu besoin de les convaincre. Malgré les dettes de la Ville de Bienne, il nous semble impensable de ne plus aider ces différentes institutions. A nos yeux, elles sont toutes importantes et utiles, pour des raisons de praticité ou d'utilité publique mais aussi afin d'embellir et de rendre attractive notre Ville. La Ville peut ou aurait pu dépenser moins pour certaines stupidités. Cela nous aurait permis d'aider ces institutions sur le long terme. Le Groupe UDC/Les Confédérés approuve le projet d'arrêté.

Tenennbaum Ruth, Passerelle: Ich fasse mich kurz: erstens danke ich den drei Institutionen für ihre grossartige Arbeit, die sie täglich mit der Unterstützung von vielen Freiwilligen leisten und sonst gar nicht bewältigt werden könnte. Diese gemeinnützige Arbeit ist ganz im Sinne von Passerelle, weshalb wir diesem Geschäft vorbehaltlos zustimmen werden. Die Planungssicherheit ist sehr wichtig für diese Organisationen. Und Herr Francescutto, was geschehen würde, wenn es diese Institutionen nicht mehr gibt, erkläre ich Ihnen gerne einmal persönlich. Auf jeden Fall hätte es für die Stadt ziemliche nicht sehr erfreuliche Konsequenzen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Besten Dank Herrn Scheuss für die gute und interessante Präsentation des Geschäfts sowie den Anführungen der GPK. Bezüglich der Anmerkung von Herrn Bohnenblust kann ich bestätigen, dass es sich um ein Versehen handelt und das Datum im Vertrag selbstverständlich korrigiert wird. Wie von Frau Clauss und den anderen RednerInnen erwähnt, handelt es sich um wichtige Institutionen, die eine wichtige Dienstleistung in Zusammenarbeit mit vielen Freiwilligen und viel Herzblut erbringen. Dies ist z. B. auch bei der Schwanenkolonie ersichtlich, die Menschen engagieren sich für die Tiere und manchmal fehlt die Zeit für noch andere Aufgaben, die anstehen. Als Beispiel die Zusammenarbeit vom Tierschutzverein und der Stiftung Schwanenkolonie, die durchaus sinnvoll wäre und auch im Gemeinderat immer wieder ein Thema ist. Obwohl wir aktiv mit den Organisationen in Kontakt stehen und es auch gemeinsame Aktionen und Gespräche gibt, fehlt sehr oft die Zeit für betriebswirtschaftliche Aufgaben, da die Tiere im Vordergrund stehen. Das Ziel für die Organisationen wäre eine Vereinfachung der ganzen finanziellen und administrativen Aufgaben, damit sie wie bisher ihre Kraft für die Pflege der Tiere einsetzen können. Ich

danke für Ihre positive Aufnahme des Geschäfts und die daraus erfolgende Abstimmung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 27.10.2021 und gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 30200.363600019 für die Abgeltung der Leistungen des Tierschutzvereins Biel/Bienne – Seeland – Jura bernois über CHF 360'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2022 bis und mit 2025 werden genehmigt.
2. Der Verpflichtungskredit Nr. 30200.363600009 für die Abgeltung der Leistungen des Tierparkvereins Biel über CHF 480'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2022 bis und mit 2025 werden genehmigt.
3. Der Verpflichtungskredit Nr. 30200.363600027 für die Abgeltung der Leistungen der Stiftung Schwanenkolonie über CHF 324'000.00 und der entsprechende Leistungsvertrag für die Jahre 2022 bis und mit 2025 werden genehmigt.
4. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

224. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20210365, Bohnenblust Peter, Fraktion FDP, «Wo ist die Berichterstattung über die elektronische Dokumentenverwaltung (eDOC) an den Stadtrat?»

Bohnenblust Peter, FDP: Den langen Titel haben Sie bemerkt, nun stellt sich die Frage der Dringlichkeit der Interpellation: das Geschäft stammt aus dem Jahr 2017 und die Stadt wurde beauftragt, dem Stadtrat zu zwei Phasen Zwischenberichte zu unterbreiten, welche nun meines Erachtens überfällig sind. Da ich davon ausgehe, dass der Bericht nächstens erfolgen wird, habe ich Fragen gestellt, welche eigentlich in diesem beantwortet werden sollten wie von der GPK im 2017 verlangt. Deshalb bitte ich um Gewährung der Dringlichkeit, damit der Gemeinderat mit der Interpellation arbeiten kann.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr - 21.05 Uhr

225. Postulat 20210151, Van der Meer Marion, Grüne, «Sichere Schulwege»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

van der Meer Marion, Grüne: Ich muss noch Fake News korrigieren: vor der Pause habe ich angemerkt, dass es im Tierpark einen Luchs gebe, aber ich habe mich geirrt, dies war vor drei Jahren der Fall.

Je vous remercie pour vos réponses concernant ce postulat qui a pour but de sécuriser les trajets scolaires. Je me réjouis vraiment qu'il soit adopté. En général, j'encourage le Conseil municipal à accélérer les projets en matière de sécurité scolaire. Toutes les mesures proposées ne pèsent que très peu sur le budget de la Ville mais ont une énorme importance pour les parents biennois.

Die Stadt Biel befindet sich betreffend Aufmerksamkeit für die Sicherheit der Schulwege noch nicht an vorderster Stelle, in anderen Städten und vor allem ländlichen Gemeinden wird für die Sicherheit viel mehr gesorgt. Wenn es um die Signalisation geht, ist es zum Wohle aller und es ist kostengünstiger, da nicht nur die FussgängerInnen und VelofahrerInnen davon profitieren. Es besteht ausserdem Verbesserungspotential, damit die Aufmerksamkeit für die Schulwegsicherheit auch während und nach der Bauphase gewährleistet ist. Ich bin erfreut über die Annahme des Postulats und hoffe, dass in kommender Zeit ganz viele neue Signale für die Sicherheit der SchülerInnen und Schulhäuser «aus dem Boden schießen» ebenso wie bauliche Massnahmen, die die SchülerInnen schützen werden. Ebenso erfreut wäre ich über das Verschwinden der Parkplätze bei den Zugängen zu den Schulen und wenn «Elterntaxi»-Parkplätze an sinnvollen Orten platziert würden. Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und seinen Einsatz für die Sicherheit der Kleinsten, damit sie zu Fuss zur Schule gehen und sich bewegen und die Eltern den Tag ruhig starten können.

Akamba Frédérica, au nom du Groupe PSR: Le phénomène des «parents-taxi» est une réalité dans la plupart des écoles primaires biennoises. Il est donc important d'améliorer la situation. Le fait d'aller à l'école à pied est important pour l'enfant qui apprend ainsi l'indépendance et travaille aussi les liens sociaux avec ses pairs durant les trajets. Les «parents-taxi» sont un réel problème car ils induisent un danger accru pour les autres enfants en raison du surplus de trafic. Ce phénomène incite encore plus les parents à accompagner leurs enfants en voiture, en raison du danger, et cela crée un cercle vicieux. Pour le Groupe PSR, il serait intéressant d'étudier la possibilité de délimiter un périmètre spécifique ainsi qu'une plage horaire durant laquelle il serait interdit aux parents d'accéder aux écoles en voiture. Ceci est déjà le cas à Bellinzone où les véhicules sont interdits aux abords des écoles. Nous nous demandons aussi s'il est possible de réfléchir à la possibilité de mettre en place des pédibus dans la Ville. Le Groupe PSR soutient avec ferveur les efforts de la Ville pour étudier le phénomène et surtout pour trouver des solutions afin de le diminuer.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Eine kurze Ergänzung zu der Frage, die sich bezüglich der Baustellen gestellt hat: effektiv stellen diese ein zusätzliches Problem dar, wir können lediglich bei den Baustellen der Stadt Biel direkt Einfluss nehmen, was die Gestaltung anbelangt, bei den Privaten stellt sich dies ein

wenig komplizierter dar, was die Signalisation betrifft. Die Diskussion bezüglich der Handhabung dieser privaten Baustellen, die sich auch auf öffentlichem Grund befinden können, ist im Gange und Lösungen werden folgen. Grundsätzlich hat die Sicherheit der Schulwege einen hohen Stellenwert für den Gemeinderat, es ist jedoch ein interdirektionales Problem und dadurch spielen verschiedene Direktionen resp. Aspekte eine Rolle, aber es liegt uns viel daran, möglichst rasch Lösungen präsentieren zu können.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

226. Dringliches überparteiliches Postulat 20210289, Tanner Anna, SP, Stolz Joseline, PSR, Rüber Stefan, Grüne, Sprenger Titus, PAS, «Erhöhung Einnahmen der Stadt Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.

Strobel Salome, présidente du Conseil de ville: Il y a deux erreurs dans la version française de la réponse du Conseil municipal que vous avez reçue. Cela concerne les points 2 et 3 des mesures évoquées en page 1. Le point 2 corrigé: *«fixer pour les personnes morales une quotité d'impôt supérieure de 20% à celle des personnes physiques»* et le point 3 corrigé: *«réexaminer les allégements fiscaux accordés aux entreprises (suppression ou réduction)»*.

Tanner Anna, SP: Vielen Dank der Stadtratspräsidentin für die Präzisierungen und dem Gemeinderat für die Antwort. Es betrifft die «Einnahmenseite» der Finanzen der Stadt Biel, über die anlässlich der Budgetdebatte bereits viel diskutiert wurde, und für die PostulantInnen ist dieser Punkt ein sehr wichtiger. In der Beantwortung unseres Postulats wurde auf die vorgeschlagenen Massnahmen nicht näher eingegangen und wir wissen nicht, ob und wie diese bereits geprüft wurden, weshalb wir den Vorstoss eingereicht haben. Aus diesem Grund begrüssen wir auch die Erheblichkeitserklärung und wie ja auch den Medien zu entnehmen war, wird das Projekt «Substance 2030» lanciert, die Ausgestaltung ist noch offen. Wir hoffen auf eine Beantwortung der gestellten Fragen resp. Forderungen, welche notwendig sind, um unsere Finanzen gut im Griff zu haben, damit der Fokus auf den Einnahmen liegt und nicht nur auf den Ausgaben.

Rüber Stefan, Grüne: Ich kann mich meiner Vorrednerin nur anschliessen und danke für die grundsätzlich positive Antwort des Gemeinderats. Wie allen bekannt, steht es mit dem Finanzhaushalt der Stadt nicht zum Besten, weshalb diese Massnahmen wichtig sind, aber auch, dass sie raschmöglichst umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist das weitere Bestehen der Handlungsfähigkeit der Stadt relevant, unter anderem durch die Stärkung der Ertragsseite des Finanzhaushalts. Zum einen ist der Gemeinderat - wie aus seiner Antwort ersichtlich - gewillt, unsere Überlegungen zu prüfen und hat zudem auf weitere zusätzliche Massnahmen für die Ertragsseite hingewiesen. Er will den Finanzhaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen und dazu ist es notwendig, dass der Ertragsseite mehr Beachtung geschenkt wird als bisher. Am

selben Tag, an welchem er die Beantwortung dieses Postulats unterschrieben hat, wurde vom Gemeinderat das Projekt «Substance 2030» lanciert, wie der Medienmitteilung vom 24.11.2021 zu entnehmen ist. Das Ziel dieses Projekt ist in den nächsten acht bis zehn Jahren den Haushalt um CHF 25 Mio. zu entlasten, sprich das Defizit auszugleichen. Dies soll mit aufwandsenkenden Massnahmen, einem priorisierten Investitionsvolumen sowie Verbesserungen der Einnahmen erreicht werden. Der Gemeinderat hat in seinem Beschluss die Vorgehensweise und den Projektplan genehmigt, welchem zu entnehmen ist, dass der Gemeinderat im März 2022 plant, Massnahmen zu beschliessen. Ich finde dies ein sehr sportliches Ziel, bleiben doch nur noch vier Monate bis zu diesem Zeitpunkt. Ich wünsche dem Gemeinderat für diese Arbeit viel Energie und Erfolg! Jedoch interessiert mich, ob er heute nicht noch mehr Informationen zu diesem Plan preisgeben kann? Zu welchem Zeitpunkt wird das Parlament einbezogen? Wird im Oktober 2022 eine «Monster-Budgetsitzung» stattfinden, an welcher die Vorschläge des Gemeinderats alle diskutiert werden sollen? Auch dies ist ein sportliches Ziel, zumal danach die Volksabstimmung über das Budget 2023 geplant ist. Der Gemeinderat hat sich bereits mit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) getroffen und es wäre wünschenswert, jetzt mehr Informationen über die kommenden nächsten Schritte - sofern bekannt - zu erhalten, eben etwas mehr Substanz zu «Substance 2030»...(Gelächter)

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Unsere Fraktion stimmt dem vorliegenden Vorstoss mit den geforderten Details nicht zu. Wir sind mit den Urhebenden einig, dass die Stadt Biel ein Finanzproblem hat, welches in die Hand genommen werden muss. In den vergangenen Monaten haben wir im Zusammenhang mit dem Budget oft über die Finanzthematik diskutiert und wir sind diesbezüglich alle einer Meinung. Es ist erfreulich, dass nun auch der Gemeinderat zu agieren beginnt, das Problem anerkennt und es lösen will. Aber wir sind nicht der Meinung, dass das Problem nur durch die Einnahmeseite gelöst werden kann, die Ausgabenseite muss unbedingt - wenn nicht sogar mehrheitlich - mit einbezogen werden. Das bedingt nicht immer Leistungskürzungen, sondern es kann in der Administration und den bestehenden Prozessen geprüft werden, ob Dienstleistungen günstiger und effizienter erbracht werden können. Die Stadt Biel hat enormes Potential kosteneffizienter zu werden in Hinsicht auf digitale Prozesse, dies kann jedoch nicht bis März 2022 einfach so umgesetzt werden. Wenn ein Fass ein Loch hat, führt es zu nichts, mehr Wasser einzufüllen, sondern es ist sinnvoller, die Löcher zu verkleinern oder zu schliessen. Das vom Gemeinderat initiierte Projekt «Substance 2030» erachten wir als kompromissfähigen Mittelweg und eine sinnvollere als die im Postulat geforderte einseitige Lösung. Wir anerkennen die Problematik und das Vorgehen des Gemeinderats erfreut uns, stimmen jedoch dem Vorstoss nicht zu und werden uns bei der Abstimmung enthalten.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Il est positif de voir que la Gauche se fait du souci pour nos finances. Il était temps. Un travail de fond sur les structures et le fonctionnement de la Ville, sur les dépenses et les investissements est nécessaire afin de garder les coûts sous contrôle. Il ne s'agit pas de réduire le service public mais de faire mieux avec moins. Même si le côté des revenus devrait être examiné, le Groupe PRR ne soutiendra pas le programme visant à taxer davantage les biennoises et biennois. Pour avoir une chance d'être accepté, un programme doit être équilibré. Nous attendons avec intérêt le projet du Conseil municipal «Substance 2030» et voulons espérer qu'il ne se limite pas à une augmentation d'impôts et de taxes. Notre groupe ne va pas soutenir ce postulat étant donné qu'il n'est pas équilibré.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je voudrais remercier les postulantes et postulants pour ces propositions constructives visant à améliorer les recettes de la Ville. Le Conseil municipal y travaille en ce moment même avec beaucoup d'engagement. Il informe la Commission de gestion (CDG) régulièrement. Le 11 novembre 2021, une première information lui a été donnée et nous avons, le Maire et moi-même, déjà un rendez-vous pour le 13 janvier prochain. Monsieur Rüber, à cette occasion nous allons également thématiser la manière dont sera impliqué le Parlement. Par le passé, je vous rappelle que dans le cadre du projet NHS, le Conseil municipal avait fait des tables rondes avec les présidents de groupes. C'est une possibilité qui s'était avérée importante à l'époque. Il est possible d'imaginer de procéder de la même manière dans ce cadre-là. Nous prévoyons de ficeler un projet qui sera discuté et présenté au Parlement en mai prochain. Monsieur Zumstein, nous serions très contents et trouverions intéressant que vous proposiez des mesures plutôt que de simplement critiquer les mesures actuelles. Le Conseil municipal les analysera avec soin. Je ne peux donc que vous encourager à le faire par le biais d'un postulat.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderates das Postulat erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

227. Überparteiliche Motion 20210174, Vouillamoz Naomi, Grüne, Briechle Dennis, GLP, Tennenbaum Ruth, PAS, Koller Levin, JUSO, Stolz Joseline, PSR, «Für eine individuelle Mobilität in Biel, die das Pariser Übereinkommen einhält»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Vouillamoz Naomi, Les Vert-e-s: Je remercie le Conseil municipal pour sa réponse politiquement correcte, qui malheureusement ne me satisfait pas. La Suisse a ratifié l'accord de Paris et déclaré l'impératif d'atteindre la neutralité carbone en 2050. La Ville de Bienne a reconnu l'urgence climatique et s'est dotée d'un plan climat. Mais qu'y a-t-il au-delà des mots? Rien ou très peu. Dans cette motion, je demande à la Ville d'adapter son règlement sur la mobilité individuelle afin de le rendre compatible avec les objectifs climatiques. De la même manière qu'un business manager doit se donner des objectifs réguliers à la hausse, il est demandé à la Ville de se mettre des objectifs réguliers à la baisse. Le transport individuel motorisé constitue environ 25% de nos émissions de gaz à effet de serre (GES) et de notre consommation d'énergie. Il mérite donc que l'on s'y attarde.

Pour revenir sur le CO₂, j'aimerais rappeler à quoi ressemble les émissions liées à nos activités. Les données sont disponibles sur la page internet du Global Carbon Project (www.globalcarbonproject.org). Je vous demande d'imaginer l'atmosphère comme un réservoir que l'on serait en train de remplir de la même manière qu'une baignoire. J'ai

pris une règle de 50 cm. De 1750 à 1900, révolution industrielle, nous avons mis dans l'atmosphère l'équivalent d'un centimètre sur ma règle. Viennent ensuite les deux guerres mondiales et les 30 glorieuses. Nous sommes en 1972 et sur ma règle à 11 cm. Il y a 50 ans, en 1972, les Nations unies réunissaient le premier sommet de la Terre à Copenhague. On pourrait donc dire que cette année représente un peu le début des politiques environnementales globales. Aujourd'hui, fin 2021, nous nous trouvons à 42 cm. Je ne sais pas pour vous mais, en ce qui me concerne, je pense que l'on fait quelque chose de faux. Les 50 cm de cette règle, c'est selon le dernier résumé du Groupe international d'experts sur le climat (GIEC) à l'attention des décideurs, la quantité de CO₂ que l'humanité peut émettre dans l'atmosphère pour un réchauffement moyen planétaire de 1.5 degré. Si rien ne change, on aura passé ce cap avant 2030. 1.5 degré d'augmentation moyenne des températures, cela peut sembler peu, mais c'est probablement plus de 8 à 10 degrés aux pôles Nord et Sud et certainement plus de 4 à 6 degrés dans les Alpes. Cela signifie dans tous les cas des changements très importants et des adaptations pour les éco-systèmes et nos sociétés, qui seront extrêmement difficiles et coûteuses. On peut évidemment argumenter. Les émissions de GES sont des mesures indirectes pour lesquelles on peut déjà discuter de la pertinence. 1.5 degré représente un modèle ou une simulation et il est clair qu'un modèle comporte toujours des incertitudes, qui sont liées aux hypothèses de base à partir desquelles le modèle est calculé.

J'aimerais maintenant vous demander: monteriez-vous dans un avion pour lequel on annonce une probabilité de crash de 10%? Seriez-vous prêts à prendre un tel vol? Personnellement, je ne le ferais pas. C'est bien de cela qu'il s'agit. Les probabilités de réalisation des scénarios du GIEC, basés sur les travaux de milliers de scientifiques à travers le monde, sont largement au-dessus des 10%. Nous sommes tous et toutes embarqué·e·s. Sur la base de ce raisonnement et de l'article premier de la Constitution, je cite: «(...) *conscients des acquis communs et de leur devoir d'assumer leurs responsabilités envers les générations futures*» je ne comprends honnêtement pas comment une personne responsable et éthique pourrait ne pas soutenir la motion présentée ce soir.

J'en ai fini avec le volet «climat». J'aimerais maintenant parler d'un aspect qui me paraît encore plus crucial: le pétrole. Le siècle a été caractérisé par un accès facile au pétrole, qu'on appelle le pétrole conventionnel. Il faut comprendre que le pétrole du siècle dernier était un pétrole extrêmement rentable. On estime qu'il fallait investir un baril en énergie pour en récupérer de 30 à 100. Le pétrole conventionnel est extraordinaire car il offre à la société une quantité d'énergie énorme, facile d'accès et donc extrêmement rentable pour faire fonctionner son économie. Le pétrole conventionnel est actuellement sur le déclin. Parmi les spécialistes de l'énergie, personne ne conteste ce point. Le maximum a été franchi entre 2006 et 2008 et il est irréversible. L'entrée des pétroles dits «non conventionnels» sur le marché au début des années 2000 permet aujourd'hui à la consommation de pétrole de continuer à augmenter. Il s'agit des pétroles offshore en mer profonde, des pétroles de schiste aux États-Unis et des sables bitumineux du Canada. Là, le rapport énergétique s'effondre. Pour un baril d'énergie investi dans un pétrole non conventionnel, vous en récupérez entre deux et quatre. Cet aspect-là, personne ne l'intègre dans les business modèles qui veulent nous vendre la planète en vert.

Autre aspect, les réserves d'énergies possibles de l'Europe géographique sont insignifiantes: 7% du charbon, 2% du gaz et 0.5% du pétrole. Plus grave, plus de la

moitié des pays qui fournissent l'Europe géographique en pétrole sont sur un déclin irréversible de production. Il y a un rapport du «Shift Project» en France, qui a été mandaté par le Ministère de la défense et publié cet été, qui projette une chute de l'approvisionnement en pétrole de l'Europe de 10 à 20% d'ici à 2030. Ce rapport indique aussi qu'il y a une sérieuse possibilité que cette diminution de l'offre arrive avant la mise en place de politiques climatiques sérieuses. Personnellement, je pense qu'il serait sage d'anticiper et de mettre de la sobriété dans nos modes de transport pour s'adapter à cette nouvelle donne et ne pas la subir de plein fouet. La voiture individuelle, c'était un outil financier idéal dans le contexte du siècle dernier quand il y avait du pétrole rentable à gogo. Construire une voiture, c'est beaucoup de ressources métalliques, c'est donc beaucoup de pétrole puisqu'il n'y a pas d'industrie minière sans pétrole. Faire rouler une voiture, c'est 98% d'énergie consacrée à faire déplacer le véhicule, pour 2% d'énergie consacré à déplacer les passagers et le contenu. On peut difficilement faire pire en terme d'efficacité énergétique. On peut difficilement trouver mieux pour écouler une surabondance de pétrole. Le message que je souhaiterais faire passer ici c'est qu'il n'est pas souhaitable de substituer l'entier du parc automobile par des véhicules électriques. Ils sont parfois jusqu'à quatre fois plus demandeurs en ressources métalliques précieuses et, pour faire de l'électricité, à l'origine, il y a de l'énergie fossile. Les câbles de nos réseaux électriques, le béton de nos centrales, l'acier de nos cuves de réacteurs, le silicium de nos panneaux solaires, les terres rares des génératrices éoliennes n'existent pas sans pétrole, gaz et charbon. En fait, aucune énergie, même pas le nucléaire, n'a un meilleur rendement que le pétrole conventionnel. Puisqu'il est sur le déclin, il faudra peut-être apprendre à nous mettre au régime. Pour résumer: conscience et responsabilité face aux enjeux climatiques. Il n'est ni responsable, ni éthique de continuer à soutenir des politiques en faveur de la mobilité individuelle sans aucune restriction. Il faut des décisions politiques fortes et cette motion en est une.

Concernant le déclin annoncé du pétrole, ce serait faire preuve d'objectivité et de lucidité que de préparer notre Ville au nouveau paradigme auquel ce siècle sera soumis, à savoir une diminution de l'offre du pétrole et donc une contraction de nos économies. Nous avons la possibilité, aujourd'hui, de choisir de nous adapter plutôt que de subir. Il serait donc temps de chercher à sortir de la civilisation de l'automobile telle que nous la connaissons aujourd'hui. Le système est saturé et plus du tout efficace. Sachant que la plupart des trajets se font sur des courtes distances, il y a un potentiel de développement de la mobilité douce facile à mettre en place dans les villes, où tout est à proximité. Étant donné que le Conseil municipal reconnaît la pertinence des arguments développés dans la motion, pourquoi vouloir en faire un postulat? La motion est l'outil qui permet de changer le cadre légal et c'est bien cela qu'il y a lieu de faire. Pour ces raisons, je vous serais très reconnaissante si vous acceptiez de soutenir cette motion et de l'adopter.

Scherrer Jürg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Das war jetzt aber der Hammer! Es wurde nicht zum Thema gesprochen, aber es wird ein Text vorgelesen, welcher wissenschaftlich erwiesen sein soll... Jedoch gibt es für jeden von Ihnen, Frau Vouillamoz, erwähnten Punkten einen Gegenpunkt von Wissenschaftlern, die totgeschwiegen werden. Ich hätte von Ihnen erwartet, Frau Präsidentin, dass Sie dieses Votum unterbrechen, da nicht über den Vorstoss, sondern über Ideologien gesprochen wurde.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Unsere Fraktion hat den Vorstoss sowie die Antwort des Gemeinderats diskutiert und ist der Meinung, dass die Antwort sehr ausgewogen und sachlich verfasst wurde. Auch wir sind besorgt um das Klima, wir haben anlässlich der Debatte um das Klimaschutzreglement bereits unsere Unterstützung gezeigt. Das heutige Votum ist lediglich eine Aufzählung von Zahlen und der Geschichte, wir sollten jedoch eher nach vorne schauen und Lösungen für die Probleme finden. Falls ich es akustisch richtig verstanden habe, wird der Verkehr standartmässig verteufelt, obwohl anlässlich des Dialogprozesses festgestellt wurde, dass der Verkehr für die Entwicklung einer Stadt eine Chance und wichtig ist, genauso wie die Verkehrswege. Der Gemeinderat hat ausführlich dargelegt, wie das Reglement ausgelegt werden soll und bevor Schlüsse gezogen werden können, müssen Analysen stattfinden. Gemäss dem Gemeinderat ist die Umsetzung schwierig, da die Datenmenge ungenügend ist, aber er hat auch gezeigt, dass er bereit ist, das Anliegen zu prüfen. Deshalb sind wir der Auffassung, dass dem Antrag des Gemeinderats Folge geleistet werden soll, da er pragmatisch den richtigen Weg geht.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Vor zwei Jahren haben wir den Klimanotstand ausgerufen und vor einem Jahr ein Klimaschutzreglement verabschiedet, dem alle ausser vielleicht der SVP, welche sich auch heute als Klimaverschwörer präsentiert, damals zugestimmt haben. Nun geht es um die Umsetzung des Reglements; die CO₂-Emission zu reduzieren und die Konsequenzen aus unseren Beschlüssen zu ziehen. Die Ziele anderer politischer Bereiche müssen an dieses Klimaschutzreglement angepasst werden, was mit diesem Vorstoss gefordert wird. Die Verkehrsziele 2030 sollen auf die Klimaziele 2030 abgestimmt werden, was bedeutet, dass der Autoverkehr bis ins Jahr 2030 um einen substantiellen Anteil reduziert werden muss. Im Klimaschutzreglement haben wir zum einen festgehalten, dass die Treibhausgasemissionen in der Stadt bis 2030 um 50% im Vergleich zu 2010 gesenkt werden müssen. Zum anderen wurde auch festgelegt, dass die «grauen» Emissionen (die z. B. bei der Herstellung von Produkten, der Erzeugung von Energie und der Entsorgung von Produktionsabfällen entstehen) minimiert werden sollten. Wo besteht nun der Zusammenhang zwischen den im Klimaschutzreglement verabschiedeten Punkten und der Reduktion des Autoverkehrs? Die Umstellung der Bieler Fahrzeugflotte von fossil betriebenen Fahrzeugen auf elektrische Fahrzeuge hätte sehr hohe graue Emissionen zur Folge, da die Produktion von Elektrofahrzeugen sehr hohe CO₂-Emissionen verursacht. Dies würde also dem Klimaziel entgegen sprechen, weshalb Fakt ist, dass wir den Autoverkehr eliminieren müssen. Die Klimastrategie sieht dieselbe Vorgehensweise vor: zuerst soll der Autoverkehr vermieden, dann auf die ÖV und den Langsamverkehr verlagert und zum Schluss den verbleibenden Autoverkehr erneuerbar angetrieben werden. Deshalb ist dieser Vorstoss die logische Folge unserer Klimaziele und sollte von allen, die das Klimaschutzreglement unterstützt haben angenommen werden. Unsere Fraktion empfiehlt deshalb, diese Motion als erheblich zu erklären. Jedoch möchte ich noch anmerken, dass die Reduktion des Autoverkehrs auf eine sozialverträgliche Weise Realität werden muss. Das Auto soll denjenigen zur Verfügung stehen, die am meisten darauf angewiesen sind im Sinne der arbeitenden Bevölkerung und nicht nur der Besserverdienenden.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Il y une chose qui me gêne un peu dans cette motion, même si je vais la soutenir. À mon avis, cette motion n'est pas suffisamment précise. L'enjeu est majeur et il faut savoir si on souhaite atteindre les objectifs des accords de Paris au niveau de la Ville. Si tel est le cas, un catalogue de mesures aurait dû être proposé, afin que la population puisse savoir si ces mesures sont

contraignantes par des taxes, des augmentations, des incitations ou par d'autres formes. De ce point de vue, je trouve la motion un peu trop floue. Je sais que l'on vit actuellement dans un monde anxigène à cause de ce sacré virus. Par contre, je ne sais pas si certains d'entre vous avez pris la peine de lire le résumé du récent rapport du Groupe international d'experts sur le climat (GIEC). Franchement, ce résumé est affolant et si on ne se bouge pas un peu, on va arriver dans une situation telle que des mesures seront inévitables. Les autorités vont, dans ce cas de figure, mécontenter une bonne partie de la population. Je pense qu'aujourd'hui, alors que l'on a encore la possibilité d'avoir une maîtrise sur ce sujet, il faut que, tous ensemble, nous fassions des efforts.

La formulation de la motion n'était peut-être pas bonne car il ne s'agit absolument pas d'une attaque contre la mobilité individuelle. C'est une manière de réfléchir aux mesures, fortes, à envisager pour changer notre manière de nous déplacer. Je répète que je soutiens cette motion, mais je souhaiterais avoir un catalogue de mesures un peu plus précis, afin de savoir dans quelle direction aller.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Madame Vouillamoz, la réponse du Conseil municipal n'est pas «politiquement correcte» mais «formellement correcte». La forme «politiquement correcte» est plutôt une réflexion morale, alors que la forme «formellement correcte» est plutôt une réflexion juridique. Pour revenir sur le contenu de cette réponse, il n'y a pas de grande différence entre le Conseil municipal et les motionnaires. J'aimerais vraiment souligner ce fait car le Conseil municipal a lui-même décrit que des mesures plus contraignantes que celles prévues doivent être mises en place, si on souhaite réduire les GES de moitié d'ici 2030. La question est de savoir si nous nous occupons en premier d'adapter des règlements ou si nous travaillons sur le terrain et dans la matière. Le Conseil municipal opte pour la deuxième solution.

Ein Grund dafür ist, dass das Klimaschutzreglement aktueller ist als das hier zur Debatte stehende und dementsprechend auch ohne formelle Anpassungen berücksichtigt wird. Wenn in einem laufenden Prozess immer wieder Anpassungen an verschiedensten Reglementen zum selben Thema vorgenommen werden, kann es daraus hinausführen, dass sich die Reglemente schlussendlich widersprechen. Deshalb sollte der «Leitstern» - passend zu Weihnachten - das Klimaschutzreglement sein, weshalb der Gemeinderat Ihnen die Umwandlung der Motion in ein Postulat empfiehlt. Nicht, weil er das Ziel nicht mitträgt, sondern der Meinung ist, dass die notwendigen rechtlichen Instrumente vorhanden sind und eine Anpassung des hier vorliegenden Reglements keinen Vorteil zur Folge hätte. Es würde zu administrativem Mehraufwand und Diskussionen wie heute Abend führen, aber kein Gramm CO₂ wäre damit eingespart. Und um formell zu bleiben: in Punkt 3 des Vorstosses steht explizit: *«De présenter dans un rapport...»* und dies ist definitiv nicht motionsfähig. Wenn Sie gegen die Empfehlung des Gemeinderats an der Motion festhalten wollen, sollten Sie den Punkt 3 in ein Postulat umwandeln und erheblich erklären, da er nicht motionsfähig ist und nicht in das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 7.6-1) gehört.

Vouillamoz Naomi, Les Vert·e·s: J'ai juste un point à rajouter sur l'idéologie car je rappelle que je suis une scientifique. J'ai étudié jusqu'à l'âge de 38 ans les sciences de la Terre. J'ai un doctorat en géophysique. Donc, je pense que lorsque je parle du déclin du pétrole, je sais de quoi je parle. Je trouve dommage d'avoir des remarques de ce genre-là. On vit dans une société qui quantifie tout. On se déclare être une société de

raison. On transforme radicalement la nature et on le mesure. Par contre, on est incapable de transformer la société. Je trouve cela dommage. Concernant votre prise de position, Monsieur le Maire, oui **nous serions d'accord de demander d'adopter les points 1 et 2 sous forme de motion et le point 3 sous forme de postulat.**

Abstimmung

- über den Antrag der Urhebenden, den Punkt 1 und 2 der Motion erheblich zu erklären und den Punkt 3 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

228. Überparteiliche Motion 20210175, Tonon Ariane, Grüne, Roth Myriam, Grüne, Stolz Joseline, PSR, Moeschler Marie, PSR, Iseli Isabelle, Grüne, «Ungenügenden Zugang zu Menstruationsprodukten in Biel beenden»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Tonon Ariane, Les Vert-e-s: Nous sommes satisfaites de constater que le Conseil municipal partage notre avis, notamment qu'il intègre les articles d'hygiène menstruelle aux produits de première nécessité d'usage quotidien. Le Conseil municipal est d'avis que les personnes réglées ne doivent pas connaître de restrictions ou de craintes dans leur accès au domaine public ou à la vie publique, scolaire, etc. Il estime aussi que rendre visible la réalité des règles contribue à combattre les tabous qui les entourent encore et toujours. Toutefois, les motionnaires souhaitent aussi qu'ils soient gratuits dans les lieux cités dans leur intervention et qui dépendent tous des deniers publics. La gratuité créée un fâcheux précédent, dit le Conseil municipal. Ce précédent n'a-t-il pas déjà été créé par la mise à disposition libre et gratuite d'articles d'hygiène tels que le savon, les essuie-mains ou encore le papier toilette? Nous appelons également le Conseil municipal à ne pas négliger le volet d'accompagnement à l'usage des protections menstruelles et à renforcer les actions existantes qui nous paraissent nettement insuffisantes. Enfin, une attention particulière doit bien évidemment être portée au choix des produits mis à disposition, notamment quant à leur caractère réutilisable ou avec un impact réduit sur l'environnement. Ce point n'apparaît pas dans la réponse du Conseil municipal. La motion est considérée comme trop contraignante. Nous sommes disposées à la transformer en postulat, mais avec la garantie que des solutions allant dans le sens de notre demande soient rapidement trouvées afin de satisfaire ce besoin, qui concerne une grande partie de la population. Faisons donc de Bienne une ville exemplaire, au côté de l'Écosse, où les produits d'hygiène menstruelle sont généralisés dans le domaine public, ou plus près de nous au côté des cantons de Vaud, Jura, Genève et tout bientôt certainement Neuchâtel ou encore au côté de Tavannes, une commune pionnière en la matière. C'est notre devoir!

Schneider Sandra, SVP: Eigentlich wollte ich mich nicht zu diesem Thema äussern, jedoch möchte ich anmerken, dass die Antwort des Gemeinderats sehr klar und

deutlich ausfällt: es ist nicht Aufgabe der Stadt, dieses Problem zu lösen und es wird auch kein Tabu abgeschafft, indem Menstruationsprodukte gratis abgegeben werden. Die Lösung besteht darin, dass verschiedene Institutionen, Schulen oder Firmen diese Produkte freiwillig gratis abgeben und somit nicht wieder die Stadt damit zu belasten. Unsere Fraktion wird den Vorstoss nicht erheblich erklären, sondern seine Abschreibung verlangen.

Trafelet Salome, SP: Ich schliesse mich meiner Vorrednerin Frau Tonon an und möchte das bereits Gesagte auch nicht wiederholen. Zur Antwort des Gemeinderats habe ich aber noch eine Anmerkung: die Motionärinnen verwenden den genderneutralen Begriff «personnes réglées», in deutsch «menstruierende Personen». Der Gemeinderat spricht durchgehend von Mädchen und Frauen oder von «...*alle Frauen menstruieren...*». Dies ist eine Verkennung der Realität, da nicht alle Frauen menstruieren und nicht alle menstruierenden Personen Frauen sind. Der Begriff «menstruierende Personen» resp. «personnes réglées» trägt der Existenz und der Realität von Trans* Menschen, non-binären Menschen und intergeschlechtlichen Menschen Rechnung. Es wäre wünschenswert gewesen, dass die sorgfältige und korrekte Formulierung der Motionärinnen in der Antwort des Gemeinderats übernommen worden wäre.

Cadetg Leonhard, FDP: Es ist durchaus sinnvoll, diesen Vorstoss als Postulat zu prüfen. Zur Information an die SVP kann ich Ihnen bestätigen, dass wir an der Schule die Abgabe der Produkte durchgeführt haben und es kein grosser Aufwand war, da der Verbrauch eher klein ist. Je nach Herkunft für die menstruierenden Personen, vor allem die Jugendlichen, ist es oft eine heikle Situation, falls die Menstruation zum ersten Mal auftritt und sie die Produkte nicht so einfach bei uns beziehen können. Grundsätzlich haben wir jedoch die besten Erfahrungen gemacht an der Schule und ich empfehle den Vorstoss als Postulat erheblich zu erklären.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je vous remercie pour cet échange. Je suis d'autant plus touchée et intéressée de voir qu'un homme y a aussi pris part. Nous parlons ici des articles d'hygiène menstruelle, qui touchent effectivement les femmes avant tout. Toutefois, à travers ces femmes, cela touche aussi des familles, des enseignant·e·s et tout le milieu social dans lequel ces femmes sont intégrées. La motion demande au Conseil municipal d'examiner la possibilité de mettre à disposition des articles d'hygiène menstruelle dans différents lieux publics. Il va sans dire que la priorité dans la réflexion qui a amené notre réponse a été de savoir comment les jeunes femmes ont accès à ces articles et si elles sont toutes égales par rapport à l'accès à ces articles. C'est là que le bât blesse! Effectivement, nous avons constaté qu'elles ne sont pas toutes égales à ce niveau-là. L'accès à ces articles d'hygiène se fait au travers de l'éducation, du réseau social et de la communauté. Dans les «InfoQuartiers», le Conseil municipal travaille étroitement sur cette notion, afin de faire tomber les tabous et donner aux jeunes femmes l'accès à l'information et à ces articles, dans un deuxième temps. Il reste une problématique liée au type d'article. Nous vous proposons de transformer cette motion en postulat afin de laisser le pouvoir au Conseil municipal d'examiner les possibilités concrètes qui pourraient faire partie d'une mise à disposition de ces articles dans certains lieux spécifiques. Il n'est pas possible pour l'heure de répondre favorablement à la motion pour les raisons évoquées dans la réponse du Conseil municipal. Le Conseil municipal ne peut pas non plus vous faire la promesse que cette demande sera analysée, pour les mêmes raisons. Toutefois, et en tenant compte de la sensibilité du Conseil

municipal sur ce sujet, nous proposons d'examiner ce qui est envisageable avec des partenaires qui sont sur le terrain et mieux à même de pouvoir trouver une solution viable. Pour ce faire, je vous remercie donc de suivre la proposition du Conseil municipal.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderates die überparteiliche Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

229. Motion 20210173, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Die Expo-Brache endlich zum Leben erwecken»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, die Punkte 1 und 2 des Vorstosses in ein Postulat umzuwandeln, Punkt 1 erheblich zu erklären, Punkt 2 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben sowie Punkt 3 der Motion nicht erheblich zu erklären.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Besten Dank dem Gemeinderat für den Bericht, wir sind nur teilweise damit zufrieden. Und ehrlich gesagt war ich auch ein wenig überfordert mit der Antwort, denn eigentlich war die Motion dazu eingereicht worden, damit die Angelegenheit vorwärts geht und Leben auf die Brache kommt. Nach den letzten Stadtratssitzungen wurde die Linke als Verhinderin dargestellt und nun, da wir mit der Motion etwas bewegen wollen, erhalten wir eine halbherzige Antwort, das ist ungenügend! Zu Punkt 1 und der Zwischennutzung argumentiert der Gemeinderat, dass bereits ein Nutzungskonzept zwischen Nidau und Biel bestehe, welches wir jedoch als nicht genügend betrachten. Offenbar wurde auch aktiv verhindert, dass auf der Brache mehr geschieht, scheinbar wegen Konflikten mit den AnwohnerInnen, aber vielleicht auch, damit AGGLOlac schneller hätte realisiert werden können... Es gibt genug aktive und kreative Leute, die dieses Gelände nutzen möchten und gute Ideen in petto haben. Es wäre schön, wenn diese Leute die Gelegenheit erhalten würden, diese Ideen umzusetzen. Zu Punkt 2 gibt es wenig zu sagen, nur, dass ein Gespräch mit Nidau sicher angebracht ist, um die Angelegenheit vorwärts zu bringen. Bezüglich Punkt 3: oft wird ja zur Zeit immer wieder erwähnt, dass zu wenig Geld vorhanden sei und nun wird argumentiert, dass nicht für jedes Grundstück ein Fonds gegründet werden sollte. Von mir aus gesehen handelt es sich hier um ein spezielles Grundstück und nicht irgendein Grundstück aus dem Stadtvermögen, weshalb ein Spezialfonds, der genährt werden kann, durchaus Sinn machen würde. Mit diesem könnten z. B. Bodenerschliessungen finanziert werden, auch wenn - wie bekannt - nicht grosse Beträge zur Verfügung stehen. Es kommt auch darauf an, wie das Gelände genutzt wird. Falls hochdotierte Projekte wie z. B. das Konzert von «Muse» stattfinden, können auch höhere Erträge generiert werden als bei kleineren kulturellen Veranstaltungen. Es wird nochmals eine Debatte bei der Erstellung des Reglements geben und ein bisschen Kreativität wäre dann angebracht, damit etwas Sinnvolles umgesetzt wird. Ich finde es bedauerlich, dass in dieser Angelegenheit abgewartet wird, was mit der Initiative in

Nidau geschieht. Dies war nicht das Ziel unserer Motion, sondern wir wollten den Gemeinderat motivieren, aktiv zu werden und Nidau aus der Reserve zu «locken», damit dieses Grundstück zwischenzeitlich nicht einfach brach liegt. **Wir beantragen deshalb, die Motion als Ganzes in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.**

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP unterstützt den Antrag des Gemeinderats und die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Es wäre wünschenswert, wenn das Stadtratsbüro die eingehenden Vorstösse vorgängig prüfen könnte resp. der Gemeinderat diese dem Stadtratsbüro zur Prüfung zurück gibt, damit wir im Stadtrat nicht mehr über die Motionsfähigkeit eines Vorstosses diskutieren müssen. Wir haben Verständnis für die Forderung, dass mit dem Grundstück etwas geschehen soll. Aber nach 12 Jahren Planung des Projekts AGGLOlac, welches wir abgelehnt haben, kann nicht kurze Zeit später etwas Neues realisiert werden, was Bestand haben soll. Der ausführlichen Antwort des Gemeinderats kann entnommen werden, welche Möglichkeiten seitens der Stadt Biel bestehen und dass die Gemeinde Nidau für die Bewilligungen zuständig ist, was die Situation nicht vereinfacht. Aber gemäss Gemeinderat hat die Gemeinde Nidau bereits Anlässe bewilligt, das Lakelive-als auch Summer-Now-Festival werden wieder möglich sein, es sind also wieder Events geplant. Es ist auch keine leere Behauptung der Gemeinde Nidau, dass die AnwohnerInnen von Biel und Nidau Anspruch auf Ruhezeiten haben. Deshalb folgen wir für Punkt 1 und 2 dem Gemeinderat. Zu Punkt 3 erklärt der Gemeinderat zu Recht, dass im Moment kein Handlungsbedarf bestehe, denn das Instrument «Spezialfinanzierungen» ist mit Vorsicht zu benützen. Deshalb folgen wir auch für Punkt 3 dem Gemeinderat.

Rüber Stefan, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne begrüsst die Nutzung der Expo-Brache für die Öffentlichkeit. Klar gilt es Regeln einzuhalten und nicht jeder Anlass muss laut und mit viel Verkehr verbunden sein. Es gibt sicher auch Nutzungen, die weniger störend sind für die AnwohnerInnen. Wir sind sicher, dass es auch im Sinne der Bieler und Nidauer Bevölkerung ist, dass diese Brache belebt ist und dieser schöne Ort der Öffentlichkeit zur Verfügung steht. Wir unterstützen deshalb die UrheberInnen dieses Vorstosses, mit welchem sie den Gemeinderat zu einer aktiveren Rolle animieren wollen. Wir beantragen, den Punkt 1 und 2 in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären. Wie bereits meiner Vorrednerin hat uns der Punkt 3 etwas Mühe bereitet: aus welchem Grund ist die Expo-Brache ein so viel spezielleres Grundstück als die anderen im Besitz der Stadt Biel - abgesehen davon, dass der monetäre Marktwert überdurchschnittlich hoch sein dürfte? Für das Anliegen der MotionärInnen spricht, dass es Sinn macht, Geld zurückzustellen, um dieses für spätere Investitionen zu nutzen und so eine Verschuldung zu verhindern oder zu verkleinern. Da jedoch noch nicht klar ist, wie die nähere Zukunft der Brache aussehen soll, d. h. ob wir nicht mehr an einen privaten Investor gebunden wären und das Gebiet gemeinsam sanft aufwerten und besser in Szene setzen könnten, dann würde ein Finanzierungsmodell mit Mieteinnahmen durchaus Sinn machen. Dies ist momentan nicht der Fall und wir wissen nicht, wohin die Reise geht.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Je soutiendrai la proposition du Conseil municipal car je suis tout de même un petit peu estomaqué. Il y a un peu moins d'une année, la majorité de cet hémicycle a enterré le projet AGGLOlac avec plein de bonnes raisons sur lesquelles je ne vais pas revenir, car elles étaient légitimes. Toutefois, on nous disait de ne pas nous faire de souci car un plan B, C ou D était prévu. On constate

aujourd'hui qu'on attend toujours ces fameux plans B, C ou D. De plus, cette motion vient un peu dire au Conseil municipal de se débrouiller avec la situation dans laquelle il a été laissé avec ce terrain en friche. Je trouve cela absolument incroyable. Il faudrait dans ce genre de situation, que ces personnes proposent un projet durable, financièrement acceptable, mais aussi politiquement acceptable, plutôt que de simplement renvoyer la patate chaude au Conseil municipal, comme c'est en train de se passer. Je veux bien accepter la transformation de cette motion en postulat, mais j'estime qu'à l'avenir il faudra être un peu plus conséquent.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Monsieur Hamdaoui, vous m'avez enlevé les mots de la bouche. Je vous en remercie! Je trouve aberrant de voir que personne ne sait dans quelle direction il faut aller, pour finalement proposer de garder un terrain en friche, qui pourra être utilisé à bon escient. Cela me rappelle un peu les débats concernant le chemin de la Passerelle. On veut un «no man's land» où quiconque peut faire ce qu'il souhaite, quand il le souhaite et comme il le souhaite. J'estime que des règles sont nécessaires dans ce cas. Le Groupe UDC/Les Confédérés est d'avis que le Conseil municipal a répondu correctement à cette demande et suivra dès lors sa proposition.

Wächter Olivier, UDC: Monsieur Hamdaoui m'a aussi enlevé les mots de la bouche car je partage entièrement son avis. Je prends la parole en tant que riverain. Je ne suis pas certain de la nécessité d'une motion pour que les maires de Nidau et de Bienne communiquent ensemble. Je pense qu'ils le font déjà et qu'il y a une bonne collaboration et communication en place. Cet espace est déjà utilisé à bon escient et avec proportionnalité. Je peux dire cela en tant que riverain. Je pense qu'il est important d'avoir la possibilité d'organiser des événements comme le «Lakelive», mais tout en respectant certaines normes et réglementations. Je pense, comme l'a dit le Conseil municipal dans sa réponse, que les demandes de cette motion sont déjà réalisées. Il est toujours possible de faire les démarches nécessaires pour créer un événement différent sur ce terrain. S'il répond aux normes, il sera certainement accepté par les deux villes concernées. Je vais donc suivre la proposition du Conseil municipal.

Loderer Benedikt, Grüne: Wir sind wohl auf dem falschen Dampfer, denke ich! Zum ersten ist es nicht der Fall, dass die Brache nicht belebt ist, da immer wieder verschiedene Veranstaltungen stattfinden, die dem aktuellen Zustand des Grundstücks angemessen sind. Fakt ist, dass Sie Mühe damit bekunden, dass das Gelände nicht ständig gebraucht wird, wie eine Erbschaft ohne direkte Nachkommen. Alle, die weiter «verwandt» sind, sind gierig auf dieses Grundstück, aber auf keinen Fall darf irgendetwas darauf installiert werden, das nicht mehr entfernt werden kann. Denn diese Brache ist viel zu wertvoll für irgendein Projekt, das sich irgendeine Gruppe ausdenkt, die danach ein Wohnheitsrecht geltend macht und das Grundstück nicht mehr frei gibt. Es ist das einzige Grundstück in der Schweiz, das sich in einer Bauzone befindet und einen Seeanstoss hat. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass es so lange nicht freigegeben wird, um ein wirklich gutes und dem Grundstück angepasstes Projekt umsetzen zu können, denn dasjenige vom Kulturpark überzeugt mich noch nicht. Verhökern Sie dieses Terrain bitte nicht, Sie werden froh sein, es für wirklich gute Projekte nutzen zu können! Für Zwischenlösungen steht es sicher zur Verfügung, aber es darf kein Projekt für länger als ein Jahr bewilligt werden!

Koller Levin, SP: Herr Hamdaoui, ich muss Ihnen wirklich widersprechen! Wir haben das Projekt AGGLOlac im Stadtrat aus guten Gründen abgelehnt, aber auch gefordert,

dass etwas mit dem Land geschieht und es nicht wieder so lange brach liegt. Wir haben dieses Versprechen eingehalten, da wir einen Vorstoss eingereicht haben, mit welchem wir fordern, dass alle beteiligten Menschen an einen Tisch geholt werden, um ein Projekt im Sinne der Bevölkerung - nicht in dem der Investoren - auszuarbeiten. Zudem soll während dieser Zeit das Gelände in der Zwischennutzung benützt werden können, es gibt sehr viele Möglichkeiten coole Projekte auf die Beine zu stellen. Und schlussendlich unterbreiten wir mit diesem Vorstoss einen Finanzierungsvorschlag, um die Einnahmen aus der Zwischennutzung für ein konkretes Projekt oder die allfällig benötigte Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Für dieses Gelände wird Geld benötigt, es wurde vorgeschlagen, Land an die Mobimo Management AG zu verkaufen oder bei Abgabe im Baurecht die Zinsen sofort bezahlen zu lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Vorstoss als Postulat als erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, FDP: Noch eine Bemerkung zum Votum von Herrn Koller: die Behauptung, AGGLOlac sei nur ein Projekt für einen Investor gewesen, entspricht nicht der Wahrheit. Ohne die Debatte zu wiederholen: das Projekt wurde 10 Jahre im Stadtrat diskutiert und immer wieder angepasst. Am Schluss bestanden verschiedene Flächen, von welchen die Gemeinschaft grosszügig hätte profitieren können und nicht nur ein Investor. Diese Behauptung ist geschichtlich nicht korrekt. Herr Loderer hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass wir zu diesem Grundstück Sorge tragen müssen, denn glücklicherweise besteht noch die Zone der Alterssiedlung, für welche Nutzungsbeschränkungen bestehen und die vernünftige Nutzung der Brache unterstützen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Le Conseil municipal aimerait tout d'abord remercier les motionnaires qui marquent par leur intervention la volonté de faire vivre la friche de l'Expo 02. Beaucoup d'utilisations sont actuellement déjà possibles. Il est envisageable, à l'avenir, suivant la réponse qui sera donnée à l'initiative et avec le nouveau Conseil municipal de Nidau, d'entrevoir de nouvelles utilisations. Cependant, Madame Clauss, je souhaiterais rappeler que nous ne nous trouvons pas sur un terrain communal biennois. L'octroi d'autorisations pour des utilisations provisoires doit donc passer par la Ville de Nidau. Il n'est juste pas possible de faire pression dans ce cas de figure. Il faut penser collaboration et discussion afin de soutenir des projets, comme cela a été fait par le passé, et peut-être encore davantage à l'avenir.

À titre personnel, je peux comprendre que vous souhaitiez maintenir le postulat pour les points 1 et 2 afin de donner un signe du Parlement par rapport aux Autorités de Nidau. Concernant la création du financement spécial, point 3 de cette intervention, il s'agit là d'une très mauvaise idée, Madame Clauss. Personne en Suisse n'assainit pour assainir. Ce n'est pas «wenig Geld» comparé au projet sur lequel nous travaillons pour avoir des rentrées supplémentaires. Bloquer des montants sans projet, c'est la plus mauvaise idée qui peut être proposée. Il faudrait, à ce moment-là, expliquer aux contribuables biennois pourquoi nous bloquons des entrées possibles sur un terrain où nous n'avons pas de projet.

Je vous donne un exemple par rapport à un très grand site d'assainissement: l'ancienne Usine à gaz et l'Esplanade. C'est au moment où nous avons le projet de reconstruction de la Coupole et de la construction du parking, qui a ensuite participé au financement de l'assainissement, que nous avons ouvert le terrain et que les assainissements nécessaires ont débuté. Il existe énormément de terrains, à Bienne, qui ne sont pas assainis étant donné que ce sont des friches industrielles. Nous n'ouvrons pas de

terrains sans que l'Autorité cantonale prescrive un assainissement. Un autre exemple: le terrain des anciennes tréfileries, qui sera lui aussi assaini en fonction d'un projet. L'idée de réserver de l'argent pour ouvrir un terrain à un assainissement, sans projet de construction, serait une très mauvaise idée, je le répète. C'est pour cette raison que le Conseil municipal recommande de ne pas suivre cette proposition sur le point 3. Quant aux points 1 et 2, le Conseil municipal peut comprendre votre demande.

Abstimmungen

- über den Antrag der Urhebenden, den Punkt 2 der Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag der Urhebenden, den Punkt 3 der Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt.

Somit wird der Punkt 1 und 2 der Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt und der Punkt 3 nicht erheblich erklärt.

230. Postulat 20210221, De Maddalena Daniela, Grüne, «Elektrofahrzeuge bei Schulbusersatz»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

de Maddalena Daniela, Grüne: Ich danke dem Gemeinderat für seine Erläuterungen zu meinem Postulat und der eigentlich positiven Antwort. Vor noch nicht so langer Zeit stand auf der Website der Funicar AG: *«Oktober 2016: Mit der Inbetriebnahme des ersten Schulbusses mit Elektroantrieb, beginnt ein neues Zeitalter. Getankt wird einheimischer Taubenlochstrom an der Steckdose. Umweltfreundlich, emissionslos und ohne Lärm werden die Kindergärtner zum Schulhaus transportiert.»* Leider ist mittlerweile dieser Eintrag von der Website verschwunden, aber das Internet vergisst ja bekanntlich nie und ich habe diesen wieder gefunden. Stellt sich die Frage, ob dieser Elektrobuss nach dem Wechsel zu EUROBUS noch Teil der Fahrzeugflotte ist oder durch ein benzin- oder dieseltreibendes Fahrzeug (Mercedes Sprinter) ersetzt wurde? Die Nachfrage bei einem Verantwortlichen der EUROBUS Funicar AG hat meine Befürchtungen bestätigt: der Elektrobuss wurde durch einen dieseltreibenden Bus ersetzt wie auch die restliche Flotte. Also Schluss mit umweltfreundlichem Taubenlochstrom und emissionslosem Transport zum Kindergarten und sauberer Luft. Als Grund für den Wechsel vom emissionsfreien Bus zu einem herkömmlichen Fahrzeug wurde mir genannt, dass die Reichweite des Elektrobusses zu gering und das Aufladen zu aufwändig gewesen sei. Ausserdem fehlten Ladestationen, da die FahrerInnen den Bus auch an ihrem Wohnort parkierten. Die Fahrzeuge mussten zum

Aufladen immer zu EUROBUS Funicar gebracht werden, was einen zu hohen Aufwand bedeutete, von mir aus gesehen zu hohen Personalkosten. Gemäss meiner Information hatte der Elektrobus eine Reichweite von 168km. Der Vergleich mit den Zahlen in der Antwort des Gemeinderats, gemäss welchem alle sechs Fahrzeuge jährlich 1200 - 1400km fahren, zeigt, dass eine Aufladung für einige Fahrten gereicht hätte. Das Argument der Reichweite ist somit nicht geeignet, um auf den Elektrobus zu verzichten. Die Bequemlichkeit und das wirtschaftliche Denken werden wieder einmal mehr gewichtet als die Umwelt und auch der Erziehung der Kinder zu aufmerksamen Konsumenten. Der Gemeinderat hat zur Abschätzung der Machbarkeit und der Kosten einer Umstellung auf Elektrofahrzeuge eine Anfrage an die EUROBUS Funicar AG gestellt. Diese erklärt sich bereit, auf Elektrofahrzeuge umzustellen, falls die Stadt Biel dies wünsche. Bei einer genug langen Vorlaufzeit sei es möglich, bis 2030 die Schulbusse auf elektro umzustellen. Es ist verständlich, dass dies mit Mehrkosten verbunden sein wird, die sich aufgrund von technischer Entwicklungen noch verändern werden. Es bleibt zu hoffen, dass die Ausschreibung für den Transport von Kindern alsbald dahingehend sein wird, dass ein Zuschlag von den für die Fahrten vorgesehenen Fahrzeugen in Bezug auf deren verwendeten Energieträgern abhängig gemacht wird. Der Gemeinderat betont in seiner Antwort, dass das Anliegen seinen Zielen der Klimastrategie entspricht und es umgesetzt werden soll. Ich bin mit dem Antrag des Gemeinderats einverstanden, indem ich darauf vertraue, dass mit dem zukünftigen Leistungserbringer ein Partner gefunden wird, für welchen Umweltschutz und Erziehung nicht nur ein Werbeslogan sind.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Die Fraktion FDP wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen und das Anliegen angehen, ohne auf negative Kommentare gegenüber dem Unternehmen EUROBUS Funicar AG einzugehen, wie bereits auch in den Medien erfolgt. Wie von Frau Vouillamoz eindrücklich vorgerechnet, macht das Ganze weder ökonomisch noch ökologisch Sinn. Aus ihrer Sicht sollten zwei Dutzend RikschafahrerInnen engagiert werden, die die Kinder in die Schule pedalen. Da es schwierig sein wird, Rikschas und FahrerInnen dazu zu finden, wird wohl wieder der Bus zum Einsatz kommen. Die Elektrobusse haben zwei Nachteile: zum einen sind sie gross und schwer und benötigen eine grosse Batterie. Diese kann sich nicht amortisieren, da zu wenig Kilometer gefahren werden und es wird viel graue Energie investiert. Ein Elektrofahrzeug macht nur Sinn, wenn es während 3 - 5 Jahren voll ausgelastet wird und 3000-4000 Ladezyklen gebraucht werden. So wie vom Gemeinderat dargelegt, macht es möglicherweise aus ökologischen Gründen Sinn, das Anliegen weiter zu verfolgen. Eine Option, da sich die Batterien und die graue Energie nicht amortisieren, wäre, die Busse nach einer gewissen Einsatzzeit als Schulbus als Handwerkerfahrzeuge zu benutzen.

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist einverstanden damit, dass dieses Geschäft ein einfacher, aber kleiner Schritt in die gute Richtung ist und stimmt dem Antrag des Gemeinderats selbstverständlich zu. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die in der Antwort enthaltenen Preisschätzungen von zusätzlich 40-50 Rappen pro Kilometer sich hoffentlich auf aktuelle Bedingungen abstützen. Bis 2030 sind diese Preise sicher nicht mehr angebracht. Es ist angezeigt, dass in Zukunft Elektrofahrzeuge wie auch Schulbusse vermehrt im Einsatz sein und billiger sein werden. Der Bau von Ladestationen wird einfacher sein, da sich die Technik laufend weiter entwickelt. Da die Vorlaufzeit mit acht Jahren von uns aus gesehen lange genug ist, sollte der Kilometerpreis auch nicht ansteigen. Falls diese Option mit dem aktuellen

Partner nicht umsetzbar ist, hoffen wir, dass eine neue Ausschreibung stattfinden wird. Wir vertrauen dem Gemeinderat für die weiteren Schritte und unterstützen den Antrag.

Gonzalez Bassi Glenda, directrice de la formation, de la culture et du sport: Je ne vais pas prolonger la discussion. Je vous amène juste à prendre conscience qu'il y a une baisse importante du nombre d'enfants pris en charge par les transports organisés. Cela signifie peut-être que les gens habitent de plus en plus près de l'école ou alors que les parents réagissent favorablement à tout un concept éducatif qui vise à valoriser le chemin de l'école à pied pour les enfants, et que les enfants répondent très favorablement à cela. Plusieurs options, plusieurs variantes. Il reste toutefois que des enfants devront toujours être acheminés par des véhicules. Je vous remercie de suivre le Conseil municipal sur cette affaire car nous n'avons pas d'autres options pour le moment, étant donné que nous sommes sous contrat avec les véhicules engagés. Nous n'avons pas d'autres alternatives de transporteurs étant donné que le métier de chauffeur d'enfants en âge scolaire est relativement précaire. En effet, il s'agit de petits temps partiels dans lesquels le temps de travail est concentré sur des horaires précis dans la journée. Vous comprendrez donc qu'il est difficile de trouver un prestataire qui fournirait de tels services. Il est en outre impensable que la Ville mette un service de bus interne à disposition, au vu de la situation financière actuelle. Pour toutes ces raisons, je vous remercie de suivre la proposition du Conseil municipal sur cette affaire.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

231. Interpellation 20210177, (Iseli Isabelle) Myriam Roth, Grüne, «Dachbegrünungen / Neuer Impuls für Biel»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Roth Myriam, Les Vert·e·s: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse qui me satisfait. Cela relève néanmoins un potentiel non exploité. Les toitures végétalisées offrent de nombreux avantages comme, entre autre, un stockage des eaux de pluie qui retarde l'écoulement, une amélioration de l'isolation thermique et acoustique ou encore la création d'habitats alternatifs écologiquement précieux pour la flore, les oiseaux et les insectes. Je ne vais pas tout citer mais la liste est très longue. Cela vaudrait donc sûrement la peine d'aller plus loin dans cette démarche.

232. Interpellation 20210178, Kilezi Ruth, Fraktion PSR, «Biel unterstützt die Kulturwelt!»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**.

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Je tenais tout d'abord à remercier le Conseil municipal de ses réponses claires et détaillées. En effet, le maintien des subventions municipales, malgré une réduction des activités culturelles, est une excellente initiative, qu'il convient de saluer. Donc, je suis satisfaite de la réponse. Toutefois, il est judicieux de souligner que la pandémie n'a pas entièrement disparue. D'après les statistiques, on observe une baisse importante de la fréquentation dans le milieu de la scène. Il s'agira donc de rester attentif afin que les maisons de culture ne tombent pas dans une situation difficile.

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin: Ich wünsche Ihnen von Herzen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und bis nächstes Jahr.

233. Neueingänge

20210363	Interpellation, Cuixeres Manon, Gruppe der Parlamentarierinnen, Moeschler Marie, PSR, Roth Myriam, Grüne, Pittet Natasha, PRR, Tennenbaum Ruth, PAS, Tonon Ariane, Grüne, Tanner Anna, SP, Schlup Nina, JUSO, Halter Marisa, PdA, Torriani Latscha Isabelle, PSR Angriffe mit GHB: Wie will die Stadt diesem Übel vorbeugen?	DSS
	Interpellation , Cuixeres Manon, Groupement des femmes parlementaires, Moeschler Marie, PSR, Roth Myriam, Les Vert·e·s, Pittet Natasha, PRR, Tennenbaum Ruth, PAS, Tonon Ariane, Les Vert·e·s, Tanner Anna, PS, Schlup Nina, JS, Halter Marisa, POP, Torriani Latscha Isabelle, PSR Agressions au GHB: que fait la Ville pour se prémunir contre ce fléau?	ASS
20210364	Interpellation, GPK, Scheuss Urs, Grüne, Pittet Natasha, PRR, Tanner Anna, SP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Sprenger Titus, PAS, Torriani Latscha Isabelle, PSR, Zumstein Joël, SVP Vergabep Praxis bei Leistungsverträgen	BKS
	Interpellation , CDG, Scheuss Urs, Les Vert·e·s, Pittet Natasha, PRR, Tanner Anna, PS, Gurtner-Oesch Sandra, PVL, Sprenger Titus, PAS, Torriani Latscha Isabelle, PSR, Zumstein Joël, UDC Pratique concernant l'attribution de contrats de prestations	FCS
20210365	Dringliche Interpellation, Bohnenblust Peter, Fraktion FDP Wo ist die Berichterstattung über die elektronische Dokumentenverwaltung (eDOC) an den Stadtrat?	FID
	Interpellation urgente, Bohnenblust Peter, Groupe FDP Où est le compte rendu à l'attention du Conseil de ville concernant la gestion électronique des documents (eDOC)	DFI
20210366	Motion, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO Das Bieler Strandbad muss nach Saisonende für die Bevölkerung zugänglich bleiben	PRA
	Motion , Koller Levin, Groupe PS/JS La Plage de Bienne doit rester accessible à la population après la fin de la saison	MAI

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 22:45 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Strobel Salome, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Wiesendanger Eva, stv. Ratssekretärin

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane